

Eubedter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eubedter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249.

Mittwoch, den 23. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Der Reichstag für die Demokratie.

Die neue Rede des Reichskanzlers konnte naturgemäß über die weiteren Aussichten der Friedensaktion nichts wesentliches sagen. Das Wort hat jetzt wieder Herr Wilson und wenn er so rasch antwortet, wie er das bisher getan hat, werden wir ja bald wissen, woran wir sind. Was aber der Reichskanzler über die auf der Tagesordnung stehenden Verfassungsfragen und darüber hinaus über die unerlässliche Notwendigkeit des demokratischen Umbaus sagte, das bekräftigte den Eindruck, den schon seine erste Rede gemacht hatte, daß er — trotz des Januar-Briefes an Hohenlohe — ein ehrlicher Bekenner der demokratischen Notwendigkeiten geworden und entschlossen ist, aus seiner Überzeugung die Folgerungen zu ziehen.

Aus dem Hause sprach für unsere Partei Genosse Ebert. Nicht mehr als Oppositionsredner, aber darum keineswegs nur im Rahmen der Erklärungen des Reichskanzlers. Mit starker Entschiedenheit betonte er die Notwendigkeit weitergehender Verfassungsänderungen, der Umgestaltung unserer ganzen Verwaltung, der reiflichen Durchführung der Amnestie, insbesondere auch für Heer und Flotte — dabei konnte er die Freilassung Karl Liebknechts mitteilen — er forderte aber auch den schärfsten Kampf gegen den Lebensmühsücker, da wir sonst der Katastrophe zureiten. Die Prüfung der Friedensfrage, bei der Ebert den Kriegshetern aller Grade rückstößige Abrechnung zu ihrer Zeit in Aussicht stellte, führte ihn zu dem Schluß, daß wir bei aller brennenden Sehnsucht nach dem Rechtsfrieden doch gegen einen Frieden der Vergewaltigung, der die deutschen Arbeiter zu Sklaven des Ententeimperialismus machen würde, zum letzten opferwilligen Kampf gezwungen sein würden. Die einbringliche und von ihm Ernst gefasste Rede Eberts schloß mit dem Bekenntnis, daß die Partei nun erst recht sei und bleibe, was sie immer gewesen ist, die deutsche Sozialdemokratie.

Von dem Fortschrittler Kaumann hörte man eine geistvolle Betrachtung des Werbens des deutschen Volkskaates. Der Nationalliberal Dr. Stresemann bekannte mutig, daß die früheren Kriegsziele seiner Partei nicht zu erreichen sind, und Graf Westarp stellte sich dem Reichstag in der angewohnten Rolle des Oppositionsredners vor.

Insbesondere wurde — zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Reichstags — von den Führern der Mehrheitsparteien ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler eingebracht und darauf die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Berlin, 22. Oktober 1918.

193. Sitzung. Mittwochs 2 Uhr.

Am Bundesratstag: Der Reichskanzler, von Fayer, Groeber, Schudemann, Haugmann, Erberger, Trimbom, Graf Roeder, Schuch, Dr. Solf, Bauer, Schiffer, Rüdlin, Lisco, v. Mann, v. Breitenbach.

Die keinen Anträgen werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Ermächtigungsgesetz für die Übergangswirtschaft wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Die allgemeine politische Aussprache.

Zur Beratung stehen der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Mitwirkung des Reichstages bei Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Der Reichskanzler: Im Fortgang der von der neuen Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleiteten Friedensaktion kamen zunächst Gegenfragen des Präsidenten Wilson. Unsere angewandte bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Ich muß mir die größte Zurückhaltung auferlegen, wenn ich mich vor Ihnen über die Aussichten des Friedenswerkes äußere. Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage: Rechtsfriede oder Gewaltfrieden? auf den Höhepunkt geführt. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem alle den Haß und die Rachsucht auf dem Boden unserer Heimat stillen können; auf der anderen Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkervertrages vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten, oder wie im jetzigen Augenblick ihn zu erreichen. Das Kräfteverhältnis in diesem Kampfe der Meinungen können wir noch nicht abschätzen. Die letzte Note Wilsons hat noch keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsdruck ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten endgültige Gemessenheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: 1. darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns bis zum äußersten zur Wehr zu setzen. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie es beim Friedensangebot tun durfte. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampfsüchtig dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Beachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben und würde vom Rande der Öffentlichkeit immer mehr abgedrängt werden. (Sehr richtig.) Aber

auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: Wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustandekommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Nachwelt. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für Recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für Recht erkannt wird. Eine schwere Überwindung für ein stolzes und flegelwöhntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden. Die von uns angenommenen Punkte betreffen auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen aber keine Unterwerfung unter ein deutschfeindliches Tribunal bedeutet, beweist der Umstand, daß alle die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer scheuen, wie der Schuldige das Gericht! — Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkervertrag. Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung aufrufen. In einer solchen Völkereinsicht müssen Teile der unbedingten Selbstständigkeit aufgegeben werden, von uns mit von den andern. Für unsere ganz Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des bisher herrschenden nationalen Egoismus, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. Wenn wir aber eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee mit aller Freiwilligkeit unterwerfen, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke der Völkervertragsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann.

Wären uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampfe anzuweisen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entscheidende Abkehr von alten Wegen bedeutet. Ich habe schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundzüge dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedachte, und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Demgemäß habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freizeitliche Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung sofort gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Lebhaftes Bravo!) Die heute vorliegenden zwei Gesetzentwürfe sollen die neue Regierungsweise von den Verfassungsorganen befestigen, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Reichstagsabgeordneten die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichsmandat zu verlieren. Das ist zur Festigung der Verbindung zwischen Parlament und Oberster Reichsbehörde unerlässlich. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers soll insofern geändert werden, daß auch die in die Regierung eintretenden Reichstagsabgeordneten namens des Reichskanzlers Rede halten können, ohne zugleich ein Respekt bekommen zu haben. Dieser neue Weg wird bisher brachliegende wertvolle Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament freimachen. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Befähigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig!) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neuorganisation der deutschen Regierungsform auch durch eine Neueinrichtung des öffentlichen Rechtes bekräftigt und verbürgt wird.

In Engh-Vorhingen hat ein Erfasser die Statthaltertschaft übernommen, ein Ehrlinger ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierungen sollen führende Männer aus der Zweiten Kammer des Landtages eintreten. Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfrage der ganzen Nation, bei der Frage von Krieg und Frieden, ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Lebh. Bravo!) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehung zu den anderen Mächten. Die Bürgerschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch das soll geschehen, wenn der Völkervertrag praktische Gestalt gewinnt. Solange aber darüber noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Mangel geraten. — Die volle Wiederherstellung der Staatsbürgerfreiheit wird uns erst der Frieden bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit können aber wenigstens jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung verantwortlich ist. Zwischen uns ist ja eine dementsprechende Anordnung Sr. Majestät der Kaiserin ergangen. Einigt sich der lokale Militärbefehlshaber nicht mit der zivilen Verwaltungsbehörde, so ist unverzüglich die Entziehung des Oberbefehlshabers einzufordern, und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch meinen Vertreter, Staatssekretär Gröber, zustimmt habe. Es ist dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geiste gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichs-

geschäfte übernommen habe. — Die angekündigte Begnadigung von Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen verurteilt worden sind, ist inzwischen im weiten Maße durch den Amnestieerlass des Kaisers erfolgt. Stimmen Sie den beiden Vorlagen zu, so wird die Volksregierung seit in den Reichsgesetzen verankert werden. Ein Rückblick auf die politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen wird bei Ihnen sehr verschiedene Stimmungen auslösen. Dem einen wird es als der ungestüme und unbemessene Lauf auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem andern als das zögernde Tasteln nach neuen Staatsformen. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziele als auch in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Beifall bei der Mehrheit.) Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. (Erneuter Beifall.) Unser Volk hat schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner politischen Nachbarn beneidet hat. Ich verweise auf die deutsche kommunale Selbstverwaltung und das Reichstagswahlrecht, als das freieste Wahlrecht der Welt. Der Reichstag, der so frei gewählt war, befaßt stets das politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch, weil es die Tüchtigkeit der eingesetzten Gewalten gerne gewähren ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht der Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern dem Mangel an politischem Willen verdankt das deutsche Volk, daß es solange als der Obrigkeitstaat galt. (Sehr richtig!) Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zu politischer Verantwortung, und Ende September 1918 kam er zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Entschluß geschäftliche Form erhalten. Wieder ergeht an uns höchster Ruf: „Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur Ihr lösen könnt.“ Die neue Freiheit wird Schätze in der Tiefe unseres Volkes heben. Die Stunden im Leben der Deutschen, die als die Zeiten der größten Niedergeschlagenheit erschienen, sind noch immer die Geburtsstunden neuer Kräfte gewesen. Vor den Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört unserem Heere. Man kann nicht unser Heer beleidigen, ohne unserem Volk an die Ehre zu greifen. (Lauter Beifall.) Schlimme Einzelkämpfer hat es in jeder Armee gegeben, aber gerade der Geist des Volksheroes lehnt sie ab. (Stürmischer Beifall.)

Hg. Herald (Zentr.): Wir stimmen den Ausführungen des Reichskanzlers über unsere innerpolitische Entwicklung und zu den Friedensbestrebungen zu. Das deutsche Volk hat jetzt seine Geschichte selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Im größten deutschen Bundesstaate, in Preußen, ist die Einführung des gleichen Wahlrechts gesichert, und zwar ohne jede Erschütterung. — Den Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 der Verfassung halten wir nicht für ausreichend. — Der Friedensschritt unserer Regierung beim Präsidenten Wilson und die letzte deutsche Erklärung finden unsere Zustimmung, aber die Verhandlungen von Nordbrabant und Flandern sind auf die Wirkungen der feindlichen Artillerie zurückzuführen. Eine Verfestigung der Einwohner findet nicht statt. Dem Vorwurf unheimlicher Handlungen und nutzloser Verheerungen weisen wir mit Entrüstung zurück. Was jetzt dort vorgeht, hätte vermieden werden können durch Annahme unseres Angebots der freiwilligen Räumung bei Abschluß des Waffenstillstandes. Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt. Aber die Zukunft Deutschlands muß dabei gesichert sein. Das deutsche Volk läßt sich nicht vernichten. (Bravo!)

Hg. Ebert (Soz.): Herrlichen Zeiten sind wir wahrhaftig nicht entgegengeführt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine mühsame Prüfung der tatsächlichen und politischen Lage mußte die neue Regierung zu dem Geheiß um Waffenstillstand und Frieden führen. Nur argste demagogische Verlogenheit kann behaupten, daß die Demokratie durch Preisgabe deutschen Landes oder auf Kosten der Interessen des deutschen Volkes zur Macht gelangt sei. Sie mußte die Macht ergreifen, weil nur sie imstande war, Deutschland zu retten. (Lebh. Zus. links.) Unser Ergehen an den Präsidenten Wilson hat die Zustimmung aller zur Mitwirkung berufenen Instanzen gefunden. (Hört, hört!) Auch meine politischen Freunde billigen diesen Schritt und ebenso die Antworten auf die Gegenfrage Wilsons. Unsere neue Regierung hat sich an den Präsidenten Wilson gewandt, weil er sich noch am 27. September zum Prinzip des Friedens unparteiischer Gerichtigkeit bekannt hat, der unabhängig sein sollte von jeder militärischen Lage. Ausdrücklich hat er die Absicht von sich gemeldet, auf Demütigung und Vernichtung des Gegners auszuweichen. Jetzt hat er Gelegenheit, sich durch die Tat als der großzügige Idealist und rechtschaffene Mann zu erweisen, der dem Gemehel Einhalt gebietet und die Grundlagen zum Dauerfrieden legt. (Lebh. Beifall.) Möge Präsident Wilson nicht auf die englischen und französischen Imperialisten und Chauvinisten hören, die dringend zu einem Frieden raten, der keinen Räuber und keinen Renegadersturz zurückläßt. (Sehr gut! bei den Soz.) Im Bewußtsein unseres guten Rechts ist die neue Regierung bemüht, die Steine aus dem Wege zu räumen, die den Zugang zum Frieden versperren. Wir begrüßen es, daß die deutsche Oberste Herleitung strengsten Befehl gegeben hat, die Zerstörungen beim Rückzug auf die rein militärischen Anlagen das strengste bestraft werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den unbeschränkten U-Boot-Krieg haben wir immer bekämpft und Unheil vorhergesagt. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung in diesem Augenblick auf die Waffe des U-Boot-Krieges gänzlich Verzicht geleistet hätte. (Zuruf rechts: Hat sie ja!) Der Befehl an die U-Boot-Kommandanten bezeugt jedenfalls den Entschluß, dem Standpunkt des Präsidenten Wilson gerecht zu

werden und den Haß abzubauen. (Sehr richtig! links.) Wilson verlangt die Zerstörung jeder willkürlichen Macht, die den Frieden der Welt zerstören kann. Das ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben schon 1908 genau formulierte Anträge eingebracht, die leider erst jetzt so viel zu spät zur Annahme gelangen, was sehr zu bedauern ist. So behauptet es ist, daß die Demokratie in Deutschland erst zur Durchführung gelangt, nachdem der militärische Vorteil sich auf die Seiten der Gegner geneigt hat, so gewiß entspringt sie doch der eigenen Initiative unseres Volkes. Unser Volk wird sich sein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr entwinden lassen. Aber sein Selbstbestimmungsrecht kann ein Volk nur dann wahrnehmen, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung ebenso bedacht ist wie nach innen. Deshalb beanspruchen wir für das deutsche Volk das gleiche Recht, das wir anderen Völkern zugestehen, und nie hätten vorenthalten dürfen. (Lebh. Zustimmung.) Der 3. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Er ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Die Regierung des Volksvertrauens leitet gegenüber dem alten System der feudalen Volksverachtung eine neue innerpolitische Epoche ein. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden. Wir waren immer der Überzeugung, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht dauernd von einer dünnen privilegierten Oberschicht auf Grund erblicher Vorrechte regiert werden könne. Eine Fortsetzung der alten Ausschaltungspolitik ganzer Klassen, Nationen und Konfessionen, die für Deutschland verhängnisvoll waren, ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung links.) In dieser Zeit der schwersten Prüfung müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Wer jetzt noch der Demokratie in Deutschland Widerstand leistet, vergeht sich an der Sicherheit unseres Landes. (Lebh. Zustimmung links.) Intertum und Bureaucratie haben endgültig ausgespielt. Für Volk und Reich ist die Demokratisierung eine Lebensnotwendigkeit geworden. Die bestehenden Klassen sollten froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege friedlicher politischer Reformen entwickelt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bilden Sie nach Russland und seien Sie gewarnt! Was bisher geschah, ist nur der Anfang eines Uebergangs. Wir Sozialdemokraten sind uns klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und der Klassengegensatz aufgehoben ist. Um im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt zu erheben, bedarf es auf der Stelle durchgreifender Veränderungen unserer Reichsverfassung. Der Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 geht uns längst nicht weit genug. Das Recht, Krieg zu erklären, muß in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht werden. Wir sind Gegner von Geheimverträgen, die eine so verderbliche Rolle gespielt haben. (Sehr wahr!) Wenn es zu einer Völkerverständigung kommt, müssen wir uns nicht auf ein Geheimvertrags- und Sondervertrags erklären. (Sehr wahr!) Die parlamentarische Regierungsform muß unzerstörlich festgelegt werden. Der Reichskanzler darf nur mit Zustimmung des Reichstages ernannt werden, und er muß sein Amt niederlegen, wenn der Reichstag es fordert. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz begreifen wir. Der Reichstag muß aber die Möglichkeit haben, den Reichskanzler oder seine verantwortlichen Minister vor einen Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Sicherstellung der Demokratie erfordert dringend weitergehende Verfassungsänderung. Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staat sein, das Militärkabinett muß seiner Machtpositions entleert und dem Kriegsminister unterstellt werden. Ernennung und Entlassung von Ministern und Beamten bedarf der Gegenzeichnung der Minister. Unhaltbar ist die absolutistische Stellung des Großen Generalstabs. Für das persönliche Regiment, für die Politik der gepanzerten Faust, ist kein Raum mehr im deutschen Land. (Lebh. Zustimmung.) Deutschlands beste Freunde haben nicht verstehen können, wie wir trotz aller technischer und geistiger Leistungen in der politischen Entwicklung so weit zurückgefallen konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens der ganzen Welt gegen uns. Engstirniger Politgeiz, triviale Säbelschneiderei und provozierender Junterbermut haben Haß und Verachtung über uns gebracht. (Sehr wahr!) Nun duldet die Welt keinen Anstöß mehr: Deutschland muß frei werden oder untergehen. Dem alten Breußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung“ die Sterbepflichte gekündigt. Es ist aber nur die torporative Partikularität in Breußen, die untergeht. Das wahre Breußen des preußischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Breußen die Abschaffung der Klassenprivilegien im Wahlrecht angeordnet hat. Große politische und moralische Werte sind durch den Widerstand der Beamtenverhältnisse vernichtet. Dem Reich ist schwerer Schaden zugefügt worden. Wo war die so laut gerühmte Staatsreue und Vaterlandsliebe der Kontervaiven? Lieber lieber sie das Reich und Breußen in die größte Gefahr geführt. Sie lie dem Volke gutwillig keine Rechte geben. Wir warnen dringend in Aussicht auf formalgesetzliche Durchführung des preußischen Wahlrechts noch am Monate hinauszuhalten. Wenn irgendwo, so ist hier Hilfe nötig. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskampft und moralische Höhe erreicht, wie niemals ein anderes Volk der Welt. Die Welt sollte auch das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verweigert werden. Das ist in Breußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und den anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr!) Auch wir achten den liberalen Charakter des Reiches, wir wollen aber, daß die Volkstämme ihre Schicksal selbst entscheiden können. Wieviel länger wäre es gewesen, den Elch-Lothringern ihr Recht länger zu geben. Meine Partei und andere haben oft genug darauf gedrängt. In dieser Schwäche gegen die Militärpolitik liegt der Kardinalfehler unserer bisherigen Politik. Man hat die Militärpolitik geschildert in das Meer hineingetragen und mit ihr vielfach auch entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politiker des Reiches durchkreuzen? Welche ungeheuerlichen Schäden hat die Militärpolitik in den baltischen Randstaaten angerichtet! Die Militärs haben in der Bewältigung ihrer technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsfeld. Auf politischem Gebiet haben sie bisher nur Unheil angerichtet. Jeder Versuch einer militärischen Außenregierung muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Lebh. Zustimmung.) Der Geist militärischer Ueberhebung hat auch bei der Handhabung des Belagerungsstandes zu trüben Erfahrungen geführt. Es hat sich ein Zustand trübsamer Willkür und Diktatur herausgebildet. Wir haben heute die Aufhebung des Belagerungsstandes im Innern des Reiches gefordert und halten auch heute daran fest. Trotz heftiger Schwärmerdarstellungen darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit durchgesetzt werden. Der Einfluß des Militärs muß auf die rein administrativen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt werden. Nur so kann der Ueberwuch des Militärs auf dem Gebiete der Justiz und des Verwaltungsrechts, die bis in die letzten Tage hinein fortgedauert haben, endlich ein Halt geboten werden. Extremherweise habe ich erfahren, daß Vorkriegsrecht bereits in Anwendung ist, ich kann also darauf verzichten, auf diesen Fall weiter einzugehen. Die Annahme muß aber weiter ausgedehnt werden. Auch muß den rigiden Bestimmungen in den besetzten Gebieten Einhalt getan werden. Ich weiß darauf hin, daß in Vitsow wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verletzung unrichtiger Nachrichten Strafen bis zu 15 Tagen Zuchthaus verhängt sind. (Hört, hört!) Auch in Gumbinnen sind solche Klagen erfolgt. Ich richte namens meiner Freunde das folgende Ultimatum an die Regierung, bis dafür einzusetzen, bis diese Ultimatum nicht vollzogen wird. Unsere ganze Schwermut von oben bis unten muß auf neue Grundlagen gestellt werden. Keiner darf sich der Verantwortung entziehen, wenn das neue Deutschland Wirklichkeit werden soll. Das die wirtschaftliche Not des Volkes nicht groß-

werden und den Haß abzubauen. (Sehr richtig! links.) Wilson verlangt die Zerstörung jeder willkürlichen Macht, die den Frieden der Welt zerstören kann. Das ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben schon 1908 genau formulierte Anträge eingebracht, die leider erst jetzt so viel zu spät zur Annahme gelangen, was sehr zu bedauern ist. So behauptet es ist, daß die Demokratie in Deutschland erst zur Durchführung gelangt, nachdem der militärische Vorteil sich auf die Seiten der Gegner geneigt hat, so gewiß entspringt sie doch der eigenen Initiative unseres Volkes. Unser Volk wird sich sein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr entwinden lassen. Aber sein Selbstbestimmungsrecht kann ein Volk nur dann wahrnehmen, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung ebenso bedacht ist wie nach innen. Deshalb beanspruchen wir für das deutsche Volk das gleiche Recht, das wir anderen Völkern zugestehen, und nie hätten vorenthalten dürfen. (Lebh. Zustimmung.) Der 3. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Er ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Die Regierung des Volksvertrauens leitet gegenüber dem alten System der feudalen Volksverachtung eine neue innerpolitische Epoche ein. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden. Wir waren immer der Überzeugung, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht dauernd von einer dünnen privilegierten Oberschicht auf Grund erblicher Vorrechte regiert werden könne. Eine Fortsetzung der alten Ausschaltungspolitik ganzer Klassen, Nationen und Konfessionen, die für Deutschland verhängnisvoll waren, ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung links.) In dieser Zeit der schwersten Prüfung müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Wer jetzt noch der Demokratie in Deutschland Widerstand leistet, vergeht sich an der Sicherheit unseres Landes. (Lebh. Zustimmung links.) Intertum und Bureaucratie haben endgültig ausgespielt. Für Volk und Reich ist die Demokratisierung eine Lebensnotwendigkeit geworden. Die bestehenden Klassen sollten froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege friedlicher politischer Reformen entwickelt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bilden Sie nach Russland und seien Sie gewarnt! Was bisher geschah, ist nur der Anfang eines Uebergangs. Wir Sozialdemokraten sind uns klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und der Klassengegensatz aufgehoben ist. Um im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt zu erheben, bedarf es auf der Stelle durchgreifender Veränderungen unserer Reichsverfassung. Der Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 geht uns längst nicht weit genug. Das Recht, Krieg zu erklären, muß in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht werden. Wir sind Gegner von Geheimverträgen, die eine so verderbliche Rolle gespielt haben. (Sehr wahr!) Wenn es zu einer Völkerverständigung kommt, müssen wir uns nicht auf ein Geheimvertrags- und Sondervertrags erklären. (Sehr wahr!) Die parlamentarische Regierungsform muß unzerstörlich festgelegt werden. Der Reichskanzler darf nur mit Zustimmung des Reichstages ernannt werden, und er muß sein Amt niederlegen, wenn der Reichstag es fordert. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz begreifen wir. Der Reichstag muß aber die Möglichkeit haben, den Reichskanzler oder seine verantwortlichen Minister vor einen Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Sicherstellung der Demokratie erfordert dringend weitergehende Verfassungsänderung. Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staat sein, das Militärkabinett muß seiner Machtpositions entleert und dem Kriegsminister unterstellt werden. Ernennung und Entlassung von Ministern und Beamten bedarf der Gegenzeichnung der Minister. Unhaltbar ist die absolutistische Stellung des Großen Generalstabs. Für das persönliche Regiment, für die Politik der gepanzerten Faust, ist kein Raum mehr im deutschen Land. (Lebh. Zustimmung.) Deutschlands beste Freunde haben nicht verstehen können, wie wir trotz aller technischer und geistiger Leistungen in der politischen Entwicklung so weit zurückgefallen konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens der ganzen Welt gegen uns. Engstirniger Politgeiz, triviale Säbelschneiderei und provozierender Junterbermut haben Haß und Verachtung über uns gebracht. (Sehr wahr!) Nun duldet die Welt keinen Anstöß mehr: Deutschland muß frei werden oder untergehen. Dem alten Breußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung“ die Sterbepflichte gekündigt. Es ist aber nur die torporative Partikularität in Breußen, die untergeht. Das wahre Breußen des preußischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Breußen die Abschaffung der Klassenprivilegien im Wahlrecht angeordnet hat. Große politische und moralische Werte sind durch den Widerstand der Beamtenverhältnisse vernichtet. Dem Reich ist schwerer Schaden zugefügt worden. Wo war die so laut gerühmte Staatsreue und Vaterlandsliebe der Kontervaiven? Lieber lieber sie das Reich und Breußen in die größte Gefahr geführt. Sie lie dem Volke gutwillig keine Rechte geben. Wir warnen dringend in Aussicht auf formalgesetzliche Durchführung des preußischen Wahlrechts noch am Monate hinauszuhalten. Wenn irgendwo, so ist hier Hilfe nötig. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskampft und moralische Höhe erreicht, wie niemals ein anderes Volk der Welt. Die Welt sollte auch das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verweigert werden. Das ist in Breußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und den anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr!) Auch wir achten den liberalen Charakter des Reiches, wir wollen aber, daß die Volkstämme ihre Schicksal selbst entscheiden können. Wieviel länger wäre es gewesen, den Elch-Lothringern ihr Recht länger zu geben. Meine Partei und andere haben oft genug darauf gedrängt. In dieser Schwäche gegen die Militärpolitik liegt der Kardinalfehler unserer bisherigen Politik. Man hat die Militärpolitik geschildert in das Meer hineingetragen und mit ihr vielfach auch entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politiker des Reiches durchkreuzen? Welche ungeheuerlichen Schäden hat die Militärpolitik in den baltischen Randstaaten angerichtet! Die Militärs haben in der Bewältigung ihrer technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsfeld. Auf politischem Gebiet haben sie bisher nur Unheil angerichtet. Jeder Versuch einer militärischen Außenregierung muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Lebh. Zustimmung.) Der Geist militärischer Ueberhebung hat auch bei der Handhabung des Belagerungsstandes zu trüben Erfahrungen geführt. Es hat sich ein Zustand trübsamer Willkür und Diktatur herausgebildet. Wir haben heute die Aufhebung des Belagerungsstandes im Innern des Reiches gefordert und halten auch heute daran fest. Trotz heftiger Schwärmerdarstellungen darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit durchgesetzt werden. Der Einfluß des Militärs muß auf die rein administrativen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt werden. Nur so kann der Ueberwuch des Militärs auf dem Gebiete der Justiz und des Verwaltungsrechts, die bis in die letzten Tage hinein fortgedauert haben, endlich ein Halt geboten werden. Extremherweise habe ich erfahren, daß Vorkriegsrecht bereits in Anwendung ist, ich kann also darauf verzichten, auf diesen Fall weiter einzugehen. Die Annahme muß aber weiter ausgedehnt werden. Auch muß den rigiden Bestimmungen in den besetzten Gebieten Einhalt getan werden. Ich weiß darauf hin, daß in Vitsow wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verletzung unrichtiger Nachrichten Strafen bis zu 15 Tagen Zuchthaus verhängt sind. (Hört, hört!) Auch in Gumbinnen sind solche Klagen erfolgt. Ich richte namens meiner Freunde das folgende Ultimatum an die Regierung, bis dafür einzusetzen, bis diese Ultimatum nicht vollzogen wird. Unsere ganze Schwermut von oben bis unten muß auf neue Grundlagen gestellt werden. Keiner darf sich der Verantwortung entziehen, wenn das neue Deutschland Wirklichkeit werden soll. Das die wirtschaftliche Not des Volkes nicht groß-

werden und den Haß abzubauen. (Sehr richtig! links.) Wilson verlangt die Zerstörung jeder willkürlichen Macht, die den Frieden der Welt zerstören kann. Das ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben schon 1908 genau formulierte Anträge eingebracht, die leider erst jetzt so viel zu spät zur Annahme gelangen, was sehr zu bedauern ist. So behauptet es ist, daß die Demokratie in Deutschland erst zur Durchführung gelangt, nachdem der militärische Vorteil sich auf die Seiten der Gegner geneigt hat, so gewiß entspringt sie doch der eigenen Initiative unseres Volkes. Unser Volk wird sich sein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr entwinden lassen. Aber sein Selbstbestimmungsrecht kann ein Volk nur dann wahrnehmen, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung ebenso bedacht ist wie nach innen. Deshalb beanspruchen wir für das deutsche Volk das gleiche Recht, das wir anderen Völkern zugestehen, und nie hätten vorenthalten dürfen. (Lebh. Zustimmung.) Der 3. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Er ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Die Regierung des Volksvertrauens leitet gegenüber dem alten System der feudalen Volksverachtung eine neue innerpolitische Epoche ein. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden. Wir waren immer der Überzeugung, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht dauernd von einer dünnen privilegierten Oberschicht auf Grund erblicher Vorrechte regiert werden könne. Eine Fortsetzung der alten Ausschaltungspolitik ganzer Klassen, Nationen und Konfessionen, die für Deutschland verhängnisvoll waren, ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung links.) In dieser Zeit der schwersten Prüfung müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Wer jetzt noch der Demokratie in Deutschland Widerstand leistet, vergeht sich an der Sicherheit unseres Landes. (Lebh. Zustimmung links.) Intertum und Bureaucratie haben endgültig ausgespielt. Für Volk und Reich ist die Demokratisierung eine Lebensnotwendigkeit geworden. Die bestehenden Klassen sollten froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege friedlicher politischer Reformen entwickelt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bilden Sie nach Russland und seien Sie gewarnt! Was bisher geschah, ist nur der Anfang eines Uebergangs. Wir Sozialdemokraten sind uns klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und der Klassengegensatz aufgehoben ist. Um im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt zu erheben, bedarf es auf der Stelle durchgreifender Veränderungen unserer Reichsverfassung. Der Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 geht uns längst nicht weit genug. Das Recht, Krieg zu erklären, muß in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht werden. Wir sind Gegner von Geheimverträgen, die eine so verderbliche Rolle gespielt haben. (Sehr wahr!) Wenn es zu einer Völkerverständigung kommt, müssen wir uns nicht auf ein Geheimvertrags- und Sondervertrags erklären. (Sehr wahr!) Die parlamentarische Regierungsform muß unzerstörlich festgelegt werden. Der Reichskanzler darf nur mit Zustimmung des Reichstages ernannt werden, und er muß sein Amt niederlegen, wenn der Reichstag es fordert. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz begreifen wir. Der Reichstag muß aber die Möglichkeit haben, den Reichskanzler oder seine verantwortlichen Minister vor einen Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Sicherstellung der Demokratie erfordert dringend weitergehende Verfassungsänderung. Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staat sein, das Militärkabinett muß seiner Machtpositions entleert und dem Kriegsminister unterstellt werden. Ernennung und Entlassung von Ministern und Beamten bedarf der Gegenzeichnung der Minister. Unhaltbar ist die absolutistische Stellung des Großen Generalstabs. Für das persönliche Regiment, für die Politik der gepanzerten Faust, ist kein Raum mehr im deutschen Land. (Lebh. Zustimmung.) Deutschlands beste Freunde haben nicht verstehen können, wie wir trotz aller technischer und geistiger Leistungen in der politischen Entwicklung so weit zurückgefallen konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens der ganzen Welt gegen uns. Engstirniger Politgeiz, triviale Säbelschneiderei und provozierender Junterbermut haben Haß und Verachtung über uns gebracht. (Sehr wahr!) Nun duldet die Welt keinen Anstöß mehr: Deutschland muß frei werden oder untergehen. Dem alten Breußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung“ die Sterbepflichte gekündigt. Es ist aber nur die torporative Partikularität in Breußen, die untergeht. Das wahre Breußen des preußischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Breußen die Abschaffung der Klassenprivilegien im Wahlrecht angeordnet hat. Große politische und moralische Werte sind durch den Widerstand der Beamtenverhältnisse vernichtet. Dem Reich ist schwerer Schaden zugefügt worden. Wo war die so laut gerühmte Staatsreue und Vaterlandsliebe der Kontervaiven? Lieber lieber sie das Reich und Breußen in die größte Gefahr geführt. Sie lie dem Volke gutwillig keine Rechte geben. Wir warnen dringend in Aussicht auf formalgesetzliche Durchführung des preußischen Wahlrechts noch am Monate hinauszuhalten. Wenn irgendwo, so ist hier Hilfe nötig. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskampft und moralische Höhe erreicht, wie niemals ein anderes Volk der Welt. Die Welt sollte auch das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verweigert werden. Das ist in Breußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und den anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr!) Auch wir achten den liberalen Charakter des Reiches, wir wollen aber, daß die Volkstämme ihre Schicksal selbst entscheiden können. Wieviel länger wäre es gewesen, den Elch-Lothringern ihr Recht länger zu geben. Meine Partei und andere haben oft genug darauf gedrängt. In dieser Schwäche gegen die Militärpolitik liegt der Kardinalfehler unserer bisherigen Politik. Man hat die Militärpolitik geschildert in das Meer hineingetragen und mit ihr vielfach auch entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politiker des Reiches durchkreuzen? Welche ungeheuerlichen Schäden hat die Militärpolitik in den baltischen Randstaaten angerichtet! Die Militärs haben in der Bewältigung ihrer technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsfeld. Auf politischem Gebiet haben sie bisher nur Unheil angerichtet. Jeder Versuch einer militärischen Außenregierung muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Lebh. Zustimmung.) Der Geist militärischer Ueberhebung hat auch bei der Handhabung des Belagerungsstandes zu trüben Erfahrungen geführt. Es hat sich ein Zustand trübsamer Willkür und Diktatur herausgebildet. Wir haben heute die Aufhebung des Belagerungsstandes im Innern des Reiches gefordert und halten auch heute daran fest. Trotz heftiger Schwärmerdarstellungen darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit durchgesetzt werden. Der Einfluß des Militärs muß auf die rein administrativen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt werden. Nur so kann der Ueberwuch des Militärs auf dem Gebiete der Justiz und des Verwaltungsrechts, die bis in die letzten Tage hinein fortgedauert haben, endlich ein Halt geboten werden. Extremherweise habe ich erfahren, daß Vorkriegsrecht bereits in Anwendung ist, ich kann also darauf verzichten, auf diesen Fall weiter einzugehen. Die Annahme muß aber weiter ausgedehnt werden. Auch muß den rigiden Bestimmungen in den besetzten Gebieten Einhalt getan werden. Ich weiß darauf hin, daß in Vitsow wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verletzung unrichtiger Nachrichten Strafen bis zu 15 Tagen Zuchthaus verhängt sind. (Hört, hört!) Auch in Gumbinnen sind solche Klagen erfolgt. Ich richte namens meiner Freunde das folgende Ultimatum an die Regierung, bis dafür einzusetzen, bis diese Ultimatum nicht vollzogen wird. Unsere ganze Schwermut von oben bis unten muß auf neue Grundlagen gestellt werden. Keiner darf sich der Verantwortung entziehen, wenn das neue Deutschland Wirklichkeit werden soll. Das die wirtschaftliche Not des Volkes nicht groß-

Das österreichisch-ungarische Chaos.

Der österreichische Ministerpräsident Sussarek verspricht sich noch immer etwas von dem Gedankenaustrausch mit Wilson, nachdem dieser in seiner letzten Note kurz und klar sagte, daß er sich mit einer Autonomie der Völker der Monarchie nicht begnügen könne. Im Herrenhause erklärte Ministerpräsident Sussarek die Antwort Wilsons viele keineswegs einen Anlaß, den angebotenen Gedankenaustrausch als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Depesche Wilsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Verantwortung der Note schreiben. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unsäglichen Leiden des Krieges herauszuführen wird. Wenn im Manifest die Integrität der ungarischen Länder betont würde, so sei dies selbstverständlich. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn bestanden der Ministerpräsident die Notwendigkeit der Revision des 17er Ausgleichs und die Aufrechterhaltung der Grundgedanken der pragmatischen Sanktion. Das künftige Verhältnis zu Ungarn wird auf Grund der partiellierten Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen gestaltet werden. Mittlerweile macht der Umwandlungsprozess in Österreich-Ungarn weitere Fortschritte. In Wien trat am Montag die deutsche Nationalversammlung zusammen, um die Begründung eines deutsch-österreichischen Staates zu beschließen. Sie nahm unter kürzlichem Beifall einen Antrag an, der die Entschlossenheit des deutschen Volkes ausdrückt, in Österreich seine künftige staatliche Ordnung selbst zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Südbanländern. Jeder Amerikaner nun durch deutsche Bauern, Arbeiter und Bürger bewohnten Gebieten seitens anderer Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen. Bis zu der auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu wählenden konstituierenden Nationalversammlung, welche die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates festlegen wird, wird das deutsche Volk in Österreich von der Gesamtheit der deutschen Reichstagsabgeordneten als provisorische Nationalversammlung für Deutschland vertreten. Diese beansprucht das Recht, bis zum Inkrafttreten der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Österreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, die Verhandlungen mit den anderen Nationen über die

Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Nationen zu führen, und die Gesetzgebung und Vollzugsgewalt einzurichten. Sie wird die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung festsetzen und eine Organisation der inneren Verwaltung des deutsch-österreichischen Staates vorbereiten. Besondere Aufmerksamkeit wird sie der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes in Österreich zuwenden, die infolge Störung der Lebensmittelzufuhr drohenden Gefahren zu bekämpfen sich bemühen und die hierfür erforderlichen Verhandlungen führen. Zur Lösung dieser Aufgaben beauftragt die Versammlung die Wahl des zwanzigköpfigen Vollzugsausschusses mit dem Auftrage, Urträge über die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates zu unterbreiten bis zur Bildung einer deutsch-österreichischen Regierung, das deutsche Volk in Österreich gegenüber der gemeinsamen und der österreichischen Regierung sowie gegenüber den anderen Nationen zu vertreten und die Stellung Deutsch-Österreichs bei den Friedensverhandlungen vorzubereiten. Ferner die Wahl des Verfassungsausschusses durch Ausarbeitung der Wahlordnung für die Konstituante, die Wahl des Verwaltungsausschusses durch Ausarbeitung der Urträge über die Organisation der inneren Verwaltung, sowie des Entwurfs einer Gemeindeordnung und demokratischen Gemeinde-Wahlordnung, die Wahl eines Ernährungsausschusses und volkswirtschaftlichen Ausschusses, der die wirtschaftliche und staatsfinanzielle Auseinandersetzung mit den anderen Nationen vorzubereiten hat und schließlich die Wahl eines kriegswirtschaftlichen Ausschusses. Der Vollzugsausschuss wird ermächtigt, zur Durchführung dieser Arbeiten die erforderlichen Ausgaben zu bestreiten und zu diesem Zwecke Darlehen aufzunehmen. Schließlich spricht der Antrag die Bereitschaft der Reichstagsabgeordneten des deutschen Volkes aus, auf deren noch bestehenden Verfassungsgrundlage am Zustandekommen aller jener Maßnahmen mitzuwirken, die notwendig sind, um das Rechts- und Wirtschaftsleben bis zur Auberahme aller staatlichen Verpflichtungen der Völker zu sichern.

Die Führer der verschiedenen Parteien gaben besondere Erklärungen ab. Abg. Adler erklärt namens der deutschen Sozialdemokraten deren Willen, einträchtig mit den übrigen Mitgliedern der Nationalversammlung ihre Pflicht zu erfüllen, ohne jedoch die Prinzipien der Sozialdemokratie aufzugeben. Er verleiht eine Erklärung, welche zunächst den lawischen und romantischen Genossen brüderlichen Gruß entbietet. Die Erklärung drückt die Bereitschaft aus, mit den übrigen Nachbarvölkern sich zu einem freien Völkerverband zu vereinen, wenn sie es unter annehmbaren Bedingungen wollen. Sonst müßte der deutsch-österreichische Staat sich als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reich anschließen. Die Erklärung verlangt zur Vorbereitung einer demokratischen Organisation der Verwaltung die schnellste Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen in Gemeinden und die demokratische Selbstverwaltung in Bezirken, Kreisen und Ländern und spricht den Wunsch aus, daß die Nationalversammlung möglichst bald eine deutsch-österreichische Regierung bilden solle, behufs selbständiger Führung der Friedensverhandlungen und Auberahme der ganzen inneren Verwaltung Deutsch-Österreichs, namentlich des öffentlichen Ernährungsdienstes. Die Erklärung betont schließlich, daß die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien einen Burgfrieden schließen, daß sie an dem Neubau des deutsch-österreichischen Staates arbeiten, aber auch dafür sorgen wollten, daß dieser Staat ein demokratischer Staat werde.

Einstimmig wurde die Wahl von 20 Abgeordneten in den Vollzugsausschuss vorgenommen. Der Vollzugsausschuss wurde beauftragt, über die durch die Antwort Wilsons an die österreichisch-ungarische Regierung geschaffene politische Lage zu beraten.

Der von der deutschen Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsausschuss beschloß, aus seiner Mitte drei Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden. Krieg und Neuhäres, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 leitet Präsident Seitz, Gruppe 2 Präsident Dinghofer, Gruppe 3 Präsident Fink. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilsonnote zu beraten und den Vollzugsausschuss cheftens zu berichten. Ferner wurde beschlossen die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, der österreichischen Völkern und dem Ausland zu notifizieren. Der Ernährungsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit Stellen in Ungarn, Kroatien, Serbien und Rumänien in Verbindung zu setzen.

Einheitsbestrebungen in Ungarn.
Wolffs Bureau berichtet aus Budapest: Die Kundgebungen unter den Nationalitäten behufs Verteidigung der territorialen Integrität des Landes mehren sich. In Budapest hielten die Slowaken eine Konferenz ab, auf der sie sich gegen die Ansprüche der Tschechen auf die slowakischen Komitate wandten und zugleich beschloßen, einen Bruderbund der Völker Ungarns zu gründen. Sidungarische Schwaben hielten in Temesvar eine Versammlung ab, worin sie ebenfalls ihre Unhänglichkeit an den ungarischen Staat feierlich zum Ausdruck brachten. Aus Marasnevat im Eisenburger Komitat wird berichtet, daß die dortige wendische Bevölkerung der Meinung sei, eine Versammlung abzuhalten, auf der 6000 Teilnehmer erschienen. Sie wenden sich gegen die Agitatoren, die unter der Bevölkerung für die Losreißung der Grenzbezirke Stimmung machen und erklären, daß sie mit geballter Faust sich allen auf die Losreißung gerichteten Bestrebungen widersetzen werden. An den König wurde eine Fuldigungsbescheide namens der wendischen Bevölkerung abgefaßt.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WB. Berlin, 22. Oktober, abends. Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deuze und östlich Kortrijk brachten dem Feinde nur örtlichen begrenzten Bodengewinn. Auf dem östlichen Miane-Flur beiderseits Bouziers und östlich Miry sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Was die neutrale Kommission berichtet.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht das von der neutralen Kommission unterm 19. d. M. aufgestellte Protokoll über die Exatuation der Bevölkerung innerhalb des belgischen Operationsgebietes. Das ausführliche Protokoll schließt mit den Worten: Die Gefandten erkennen gerne an, daß die Maßnahmen, die von den deutschen Behörden in den Städten, denen die Beschießung drohte, ergriffen worden sind, stets nur von der Sorge um die Lage der Bevölkerung getragen wurden, deren trauriges Los sie, so gut es ihnen möglich war, zu mildern bemüht gewesen sind. Von den dem deutschen Heere angedrohten Gewalttaten findet sich in dem Protokoll kein Wort.

Italienische Angriffe abgewiesen.

Wien, 22. Oktober, (Amstsch.)

Italienischer Kriegsjahraplaß

Gestern in den frühen Morgenstunden gelang es dem Feinde, im Gebiete des Monte Sissol vorübergehend in unsere Gebiete einzudringen. Er wurde durch Gegenstoß geworfen. Weitere Angriffsversuche scheiterten in unserem Feuer. Im Miane-Becken bereiteten wie italienische Erkundungsversuche.

Balkankriegsjahraplaß

In der Morawa wurden Angriffe abgewiesen. Eine Unternehmung deutscher Truppen führte in die feindliche Stellung. Bei

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 23. Oktober, (Amstsch.)
Westlicher Kriegsjahraplaß.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe in der Eys-Niederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Denies. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Gelingen durch Gegenstoß westlich der Stadt Dylene-Denies zum Stehen gebracht. Ostlich von Kortrijk wurden wir vom Westrand von Nichte auf den Ostrand zurückgedrängt. An der Südseite des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wurden die Höhen bei Heiders vom Schlesischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10 unter seinem Kommandeur, Major Drömer, gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Scheide-Niederung beiderseits von Touran und Baloniennes.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich der Marne räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf an der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter den Bachschmitt zurück. An der Wisre wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Manteuil ab. Auf dem östlichen Miane-Flur beiderseits von Binziers und östlich von Dily haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter stärkstem Artillerie-Einsatz griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terre und Baloise sowie zwischen Dily und Beaurchatre an. Auf den Höhen westlich von Halley konnte der Angriff etwas Boden gewinnen; an der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter heftiger Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das 1. bayerische Infanterie-Regiment unter Führung seines Kommandeurs, Majors Schmittler, hat in zäher Verteidigung die Höhen östlich von Cheltres gegen mehrfache Anstürme überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Seeresgruppe Gallwitz.

Zwischen Angonen und Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Feuerstätigkeit. Teilkämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant Böhler erlang seinen 40. Luftstiege.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Staatssekretär des Reichsmarineamts von Manu über die Kriegsanleihe:

Vertrauen zur Kriegsanleihe ist Vertrauen zum Vaterland.

Killer m. Mann

Jajovar vermaachte der Feind Boden zu gewinnen. In Albanien kam es am Mati-Fluß zu Nahkämpfen.

Amerikanische Kohlen für den Boykott Deutschlands.

Die niederländische Regierung antwortete auf das amerikanische Anerbieten, 100 000 Tonnen Kohlen nach Holland zu liefern, falls es die Lebensmittelversorgung nach Deutschland einstelle, die Angelegenheit könnte auf der Londoner wirtschaftlichen Konferenz entschieden werden. Sie hängt eng zusammen mit der Benutzung des freien niederländischen Schiffsraumes, von dem noch ein Teil in den amerikanischen Häfen liegt. Bei den Verhandlungen in London zwischen den Niederlanden und England werde es sich zeigen, inwiefern man von dem amerikanischen Anerbieten werde Gebrauch machen können, wobei die Bedürfnisse der Niederlande und die Politik, die es keine Lane anerkennend, in Betracht gezogen werden müßten.

Der Proporz für die Schweizer Nationalratswahlen.

In einer Volksabstimmung nahm das Schweizer Volk am Sonntag mit 300 000 gegen 150 000 Stimmen das Initiativobgehehen auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für die Wahlen des Nationalrates an.

Wiens Bitte an die tschecho-slowakische Regierung.

Die „Wolfsche Zeitung“ berichtet: Bürgermeister Dr. Weichstirner richtet an den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Tuzar das Ersuchen, die tschecho-slowakische Regierung möge mit der Stadt Wien wegen Lieferung von Lebensmitteln in Verhandlungen eintreten. Er verweist dabei auf die Zahl der in Wien lebenden Tschechen, die unter der Not ebenso zu leiden hätten, wie die anderen Bewohner der Stadt. Vizepräsident Tuzar erklärte die Bereitwilligkeit zu solchen Verhandlungen, die aber nur direkt mit dem Bürgermeister Dr. Weichstirner, jedoch nicht mit der österreichischen Regierung geführt werden sollen.

Die tschecho-slowakischen Eisenbahner fallen, wie der „Tag“ berichtet, keine Lebensmittel nach Deutsch-Österreich durch.

Die Selbständigkeit der Tschechen.

Die Wähler melden aus Prag: Sonntag tagte unter dem Vorsitz von Ruzar der tschecho-slowakische Nationalausschuss und der tschecho-slowakische Abgeordnetenausschuss. Die Beratungen waren vorläufig. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Nationalversammlung für die Selbständigkeit des tschecho-slowakischen Staates mit Umgehung der Wiener Substanzen für den Schutz der Slowaken ausbrach. Die Wiener Regierung erwidert wie die Tschechen überhaupt nicht mehr.

„Havas“ meldet aus Washington: Der tschecho-slowakische Nationalrat proklamierte die Unabhängigkeit der tschecho-slowakischen Nation. Eine Kopie der Urkunde, welche die Absetzung der Habsburger erklärt, wurde Wilson überreicht.

Die rumänischen Annexionisten melden sich wieder.

Die Stimmung gegen Marghiloman hat sich in den letzten Tagen noch bedeutend verschärft. Seine Anhänger rechnen mit einer höchstens vierwöchentlichen Dauer seiner Regierung. Wohl setzt er seine Bestrebungen fort, ein Koalitionsministerium zu bilden, dem Männer aller Parteien, die in der Politik noch nicht besonders hervorgetreten sind, angehören und welches die Verwaltung von den unerwünschten Elementen säubern soll.

Diese Versuche haben bisher zu keinem Resultat geführt. Der Frieden von Bukarest wird in Sassy von niemanden mehr als existierend angesehen und es herrscht allgemein die Ansicht vor, daß durch die Neugestaltung der westpolitischen Lage die rumänische Frage viel günstiger erledigt werden würde. Die großrumänischen Pläne, welche ein um Bekarabien, die Bukowina, Siebenbürgen und um die rumänischen Teile Mazedoniens vergrößertes Königreich Rumänien wünschen, sind wieder erwacht.

Ein Sozialdemokrat in der bulgarischen Regierung.

Nach einer Mitteilung des bulgarischen Telegraphenbureaus ist in das von den demokratischen und radikalen Parteien gebildete und jetzt durch Eintritt von Führern der anderen gegen Radoslawoff opponierenden Parteien verstärkte Ministerium auch ein Sozialist eingetreten. Der Sozialist Sakazoff ist Minister für Handel und Industrie und Arbeit. Die sozialistischen und Bauernparteien nehmen zum ersten Male Anteil an der Regierungsarbeit.

Schließung der rumänischen Schwarzmeerhäfen!

Reuter will aus Odessa erfahren haben, daß die rumänische Regierung alle rumänischen Häfen am Schwarzen Meer und der Donau für geschlossen erklärt.

Der britische König redet.

König Georg hielt an eine Abordnung interparlamentarischer Delegierter eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Der Sieg ist in Reichweite. Wir sind alle darin einig, daß es ein vollauständiger und entscheidender Sieg sein muß. Zu den italienischen Senatoren und Deputierten gewandt, sagte der König, er wünsche ihnen Glück zu der Aussicht, die sich ihnen eröffne, jene schneebedeckten Gegenden wieder zu erlangen wo ihr tapferen Soldaten solchen Ruhm erwarben, die von Leuten ihrer eigenen Rasse und Sprache bewohnt seien, die lange wünschten, mit dem freien Italien verbunden zu sein. Weiterhin wünschte der König den französischen Delegierten Glück zu der kommenden Wiederberoderung der Provinzen, die ihnen vor 47 Jahren entzogen wurden, die niemals in ihrer Liebe und Unhänglichkeit zu Frankreich geschwankt hätten. Der König schloß mit den Worten: Unser einträchtiges Zusammenwirken wird, wie wir hoffen, auch in Zukunft nicht allein für unser Volk, sondern für das ganze freie Europa den Frieden sichern.

Das englische Ministerium und der jüngste Notenwechsel.

Nach Meldungen aus London stellt sich das englische Ministerium des Auswärtigen zu dem jüngsten Notenwechsel in der Weise, daß es die Meinung äußert, die deutsche Antwort sei an Präsident Wilson gerichtet und dieser habe deshalb an erster Stelle darüber zu entscheiden, ob er sie den Regierungen der Alliierten übermitteln solle. Bevor dieses Stadium erreicht, sei es klar, daß es nicht wünschenswert erscheine, irgendwelche offiziellen Mitteilungen zu machen.

Verseht.

Reuter berichtet: Der irische Dampfer „Dumbak“ wurde Montag nacht in der Irischen See torpediert. 13 von der 30 Mann zählenden Besatzung wurden getötet. Ueber das Schicksal der anderen ist nichts bekannt.

Wilson Mitglied des Verfallter Kriegsrates?

Die „Morning Post“ meldet aus Washington, daß Wilson nunmehr Mitglied des Verfallter Kriegsrates geworden ist, an dessen Abstimmungen er sich auf telegraphischem Wege beteiligt.

Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 23. Oktober.

Die neue Reichsmarmelade.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit: Dank der Bemühung aller an der Durchführung der Herbstobstwirtschaftlichen Tätigkeit kann nunmehr der Marmeladebedarf für das Jahr 1918/1919 als sichergestellt gelten. Es werden die gleichen Mengen Marmelade zur Verteilung kommen wie im Vorjahre. In Güte wird die Marmelade der vorjährigen nicht nachstehe. Die neue Reichsmarmelade wird sich aus 60 Teilen reineren Zuckers 50 Teilen Obstmark (das ist reines Obst nach Entfernung der Samen und anderer Abfälle) und höchstens 40 bis 50 Teilen Streckungsmitteln zusammensetzen. Als Streckungsmittel kommen, entsprechend früheren Erfahrungen, Kohlrüben, überhaupt nicht, die nahrhaften, aber von ihrem Eigengeschmack nur durch besondere Behandlung zu befreienden Kunkelrüben in geringem Umfange, dagegen die sehr zuckerhaltigen und an ähnlichen hochwertigen Nährstoffen reichen Mohrrüben sowie die gleichfalls stark zuckerhaltigen Obstreste (das sind die bei der Obstverarbeitung gewonnenen Restbestände) in Betracht. Besonders verdient die 60 Teile betragende Beimischung von reinem Zucker hervorgehoben zu werden, die allein schon der Marmelade die Eigenschaft eines wertvollen Nahrungsmittels und gleichzeitig Genussmittels sichert. Den Fabrikanten und ebenso den Gemeinwesen, durch die die Marmelade an das Publikum verkauft wird, ist jede andere oder weitergehende Streckung, als oben angegeben, streng unterlag. Faulige oder gar verfaulte Früchte dürfen zur Marmelade niemals verarbeitet werden, Früchte, die kleinere faule Stellen zeigen, erst nach sorgfältiger Entzerrung dieser fauligen Stellen. Künftiger Zufuß ist von der Marmeladebereitung ausgeschlossen.

Wo schlechtmachende, minderwertige oder gar gesundheitsgefährliche Marmelade in den Verkehr gelangt, kann es sich nur um geschwätzig hergestellte und durch Gleichhändler verteilte Ware handeln. Zur Interresse der Allgemeinheit begrüßt es die Reichsstelle dankbar, wenn Proben derartiger Erzeugnisse ungesäumt ihrer Kontrollabteilung in Berlin W. 57, Potsdamer Str. 74, unter genauer Angabe des Verkäufers und Verkaufsortes zur weiteren Verfolgung übersandt werden.

Die in den ersten Novembertagen zur Ausgabe gelangende Marmelade ist noch nach dem vorjährigen Rezept, die nächstfolgende schon nach dem neuen Rezept hergestellt. Da gerade in den letzten Tagen die Obstzufuhren in den Marmeladenfabriken über Slowaken groß gewesen sind, steht schon heute fest, daß die etwa vom 1. Januar 1919 an zuverfügbare Marmelade in immer geringerem Grade gestreckt werden wird.

Der Preis der neuen Reichsmarmelade ist vorläufig auf eine Mark je Fundose festgelegt.

Handelserlaubnis für Gemüselagerer.

Der Handel mit Gemüselagerer war bisher an eine Erlaubnis nicht geknüpft, da die die Handelserlaubnis allgemein vorschreibende Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 auf den Samenhandel keine Anwendung findet und die Verordnung über den Handel mit Samen vom 15. November 1916 nur den Handel mit Klee-, Gras-, Futterrüben- und Futtertrüffelarten von einer besonderen Erlaubnis abhängig macht. Da sich aber auch im Handel mit Gemüselagerer erhebliche Mängel ergeben haben, ist die Verordnung vom 15. November 1916 durch Verordnung vom 19. Oktober 1918 auf den Handel mit Gemüselagerer einschließlich Kohlrübenanamen ausgedehnt worden. Dadurch wird auch dieser Handel an eine besondere Erlaubnis geknüpft. Das gilt auch für Personen, die bereits eine Erlaubnis nach der Verordnung vom

15. November 1918 erhalten haben, sofern sie auch mit Gemüß-
kammern handeln. Der Erlaubnis bedürfen nicht Inhaber von
Kleinverträgen, die Gemüßkammern ausschließlich im
Kleinerwerb an Verbraucher in Mengen bis zu 250 Gramm ab-
geben. Der Handel mit Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Ge-
müßanbau bestimmt ist, ist durch besondere Vorschriften schon
früher geregelt worden. Die Erteilung der Erlaubnis erfolgt
auf Antrag von denjenigen Stellen, die die allgemeine Handels-
erlaubnis nach der Verordnung vom 24. Juni 1918 erteilen. Die
Verordnung tritt am 1. November 1918 in Kraft, doch dürfen die-
jenigen, die bereits jetzt Handel mit Gemüßkammern treiben,
diesen Handel bis zum 1. Dezember 1918, und wenn sie bis zu
diesem Tage den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt
haben, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis
fortführen.

**Das Verbot des Auslandsverkaufs von Zeitungen und
Zeitschriften mit Anzeigen** tritt, wie uns das Stellvert. Gene-
ralkommando mitzuteilen ersucht, nicht am 20. Oktober, sondern
am 1. November in Kraft.

„Kriegsernährung“.
Im „Hausarzt“ der Allgemeinen Fleischzeitung werden hin-
und wieder Ruren empfohlen, die deutlich zeigen, daß entweder
der „Hausarzt“ selber noch nicht begriffen hat, unter welchen Er-
nährungsverhältnissen wir jetzt im vierten Kriegswinter leben,
oder, daß er ohne weiteres annehmen zu können glaubt, daß die
Fleischer noch alles haben. Am 12. Oktober 1918 verordnet er
einem Herzleidenden die folgende Diät:

- 7 Uhr: 1 Tasse Milch mit Malzkaffee, 1 Butterbrötchen.
- 8 Uhr: 1 Brötchen mit Ei und etwas weißen Käse oder leichtem
Fleisch.
- 10 Uhr: 1 kleines Brötchen mit Schinken. Etwas Kompott.
- 12 Uhr: 1/2 Teller Bouillon mit Fleischextrakt oder Somafose.
- 1 Uhr: Gemüße, Fleisch, Kompott, ein kleines Gläschen Wein.
- 4 Uhr: 1 Tasse Milch mit Malzkaffee.
- 6 Uhr: 1-2 Brötchen mit Ei und kaltem Aufschnitt. Etwas
Wein.
- 8 Uhr: 1 Teller Schleimsuppe mit Somafose.

Der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen weist mit Recht
darauf hin, daß es von dem Organ der Fleischer nicht gerade klug
gehandelt ist, solche Ratsschlüsse zu veröffentlichen, die notwendig
zu nicht gerade schmeichelhaften Schlüssen in bezug auf die Kriegs-
ernährung der Fleischer Veranlassung geben.

Die Lübeck-Lübecker Eisenbahn hat am Mittwoch in einer
Sitzung ihres Gesellschaftsausschusses beschloßen, die Gehalts-
fragen nach preussischem Muster zu revidieren. Die für die Eisen-
bahn-Gesellschaft dadurch entstehende Mehrausgabe wird auf
1.600.000 Mark pro Jahr geschätzt. So berichten bürgerliche
Blätter.

Vollbehr-Veranstaltungen. Die von dem Kriegsmaler der
Heeresgruppe des Westens, Ernst Vollbehr, im weißen Saal der
Stadthalle veranstaltete Ausstellung seiner Originalskizzen von
der Kampffront ist eine künstlerische Veranstaltung, die sehr ge-
eignet ist, uns eine Vorstellung von dem ungeheuren Geschehen
dieses Weltkrieges zu geben. Die Ausstellung ist entgegen der
ersten Ankündigung von 10-1 und von 4-8 Uhr geöffnet. Der
Künstler hat sich bereit erklärt, am Mittwoch und Freitag nachm.
von 5 Uhr an im Ausstellungstotal Erläuterungen zu seinen Wer-
ken zu geben.

Gestern abend hielt Herr Vollbehr im Hansa-Theater einen
Vortrag, in dem er an der Hand von 120 Diapositiven seine
Eindrücke als Kriegsmaler an der Westfront schilderte. Die
schlichten ohne rednerische Gewandtheit vorgetragenen Ausführun-
gen fesselten, weil sie aus Erleben geschöpft waren. Und die
Bilder zeigten für die künstlerische Vollbehr, sowie die unver-
gänglichen Leistungen unserer Truppen. Gute gesungene und
pantomimische Darbietungen vervollständigten das Programm.

Das Lübecker Hofjohannwerk beschloß in seiner Generalsor-
dnung die Verteilung von 12 Prozent Dividende.

Einbürgerung. Eine bürgerliche Kundgebung wurde hier
Sonntag im Schloßhotel veranstaltet. Referent war der Agri-
kulturführer und bis vor kurzem Gegner eines Verdächtigungs-
friedens, Major v. Lesehorn, der betonte, die Gefahr für uns
liege in der inneren Zerlegung. Wer hat denn daran besonders
mitgearbeitet? Es wurde dann folgende Entschiedenheit angenom-

men, die an den Kaiser und an den Großherzog gesandt werden
soll. Viele Hunderte aller Stände aus Stadt und Land zu Eutin
Versammlung vereinigen sich in dieser schicksalsschweren Stunde zu
folgender Entschiedenheit: Wir erstreben einen ehrenvollen Frieden
und unterstützen alle Bestrebungen unserer Regierung, die den
unterworfenen Opfern dieses Krieges ein Ende setzen wollen. Mit
Entschiedenheit lehnen wir es aber ab, uns Friedensbedingungen zu
unterwerfen, die deutsches Land und deutsche Ehre preisgeben,
dann auf zum äußersten, juristischsten Kampf der nationalen Ver-
teidigung für des Vaterlandes Sicherheit und Ehre. Nieher tot
als Sklave. — Die Sünden früherer Tage rächen sich jetzt bitter!
Einst wollte man den Gegnern ohne Strupel Land nehmen!

Kiel. Für die Einheit der Arbeiterbewegung.
In einer von 1400 Personen besuchten Vertrauensmännerver-
sammlung der Zahlreiche Kiel des Deutschen Metallarbeiterver-
bandes wurde nach einem Referat des 1. Bevollmächtigten, Ge-
nosse Garbe, über die gegenwärtig brennenden wirtschaftlichen
und politischen Fragen der Wunsch ausgesprochen, die Parteiver-
hältnisse müßten endlich wieder so gestaltet werden, daß die
deutsche Arbeiterklasse unter einheitlicher Führung das würde,
was es dem Ernste der Stunde gebühre.

Schwerin. Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht
in Schwerin verurteilte den russischen Schmittler Balmas zu Tode,
weil er in Bismarck wegen Ermordung einer Schmittlerin zum Tode.

Büchen. Das Hamsterauto. Hier wurde ein Auto
angehalten, das 130 Pfund Roggen und 10 Pfund But-
ter nach Altona ausführen wollte. Die Lebensmittel sind be-
schlagnahmt worden. Sie waren wohl kaum für Arbeiter be-
stimmt.

Allerlei Wissenswertes.

Mehr Lichthygiene!

Wiederholt die Zeit der langen Abende und Nächte, die den
Schaffenden zwingt, einen Teil seines Tagewerks im geschlossenen
Raume bei künstlicher Beleuchtung zu vollenden. Da mag es dem
nicht unangebracht erscheinen, auf die Schäden hinzuweisen, die
eine falsche Beleuchtungstechnik dem menschlichen Auge, jenem für
unsere gesamte Lebensführung so überaus wichtigen Sinneswerk-
zeuge, zufügen vermag.

Unsere modernen hochherzigen Lichtquellen mit ihrer blenden-
den Helle dürfen zur Beleuchtung von Straßen und öffentlichen
Plätzen, Versammlungs- oder Vergnügungsräumen, Restaurants
und Warenhäusern unter keinen Umständen ohne schützende Um-
kleidung oder entsprechend hohe Aufhängung Verwendung finden.
Nur in „diffuser“, d. h. lichtstreuender Hülle von Matt- oder
Milchglas dürfen sie im Bereiche unserer Augen wirken; anderen-
falls müßten sie so hoch angebracht sein, daß sie dadurch nochmate-
rielle der Reichweite unseres Sehfeldes entzogen sind. Wie wenig
aber hierauf Rücksicht genommen zu werden pflegt, zeigt die Be-
leuchtung unserer Straßen und Plätze mit hochherzigem Gas- oder
Elektrischlicht in Klarglasglöden, ohne daß es durch angemessene
Aufhängungshöhe verhindert würde, höchst empfindliche Blen-
dungsercheinungen hervorzurufen.

Noch schwerere Nachteile aber werden sich ergeben, wo die
schlechte Beleuchtung in Fabriken, Werkstätten oder sonstigen
Arbeitsräumen angebracht ist, so daß der Arbeiter oder Angestellte
solchen Zustand ohne erhebliche Schädigung seines Sehvermögens
nicht ertragen können. Bald wird er exaktere Ansprüche, wie sie
gerade die Kriegsindustrie erfordert, nicht mehr ausführen in-
stande sein. Der Unternehmer wird sich nach einer „geeigneten
Kraft“ umsehen, und dem Schaffenden wird es dann nicht leicht
fallen, Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Oft genug trifft man eine Halbmattlampe oder eine moderne
Spindlampe mit ihrem intensiven blendenden Lichtkörper
nahe oder in Klarglasglode in Fabrikräumen oder Werkstätten an
so geringer Höhe angebracht, daß Störungen des Sehvermögens
unbedingt eintreten müssen. Es gehört wirklich nicht viel Scharf-
sinn und Ueberlegung dazu, einzusehen, daß eine so unangemessen
angelegte Beleuchtung eine leichtfertige und unverantwortliche
Verfälschung gegen das menschliche Auge darstellt.

Es ist demnach hohe Zeit, daß sich die zuständigen Behörden
auch diesem Gebiete der sozialen Hygiene zuwenden und gezielte

Handhaben schaffen, welche Strafverfolgungen wegen Körperver-
letzung und die Berechtigung von Erbschaftsprüfern für Schäden,
die aus unsachgemäß angelegter Beleuchtung entstehen, ermöglichen.

Den Gewerbeinspektoren sollte die Aufsicht über die zweck-
mäßige Beleuchtung von Fabriken und Arbeitsräumen zur Pflicht
gemacht werden. Die periodische Ueberwachung und Nachprüfung
sollte lichttechnisch-technischen Organen übertragen werden,
wenn es nicht noch zweckmäßiger ist, Beleuchtungsrevisionsstellen
nach dem Muster der Dampfkehlrevisionsvereine ins Leben zu
rufen.
Dr. M. K.

Der Bettler und sein Hund.

Von Adalbert v. Chamisso.

„Drei Taler erlegen für meinen Hund!
So schlage das Wetter mich gleich in den Grund!
Was denken die Herrn von der Polizei?
Was soll nun wieder die Schinderei?“

„Ich bin ein alter, ein kranker Mann,
der keinen Grodchen verdienen kann;
ich habe nicht Geld, ich habe nicht Brot.
Ich lebe ja nur von Hunger und Not.“

„Und wann ich erkrankt, und wann ich verarmt,
wer hat sich da noch meiner erbarmt?
Wer hat, wann ich auf Gottes Welt
allein mich fand, sich zu mir gestellt?“

„Wer hat mich geliebt, wann ich mich gekümmert?
Wer, wann ich froh, hat mich gewärmt?
Wer hat mit mir, wann ich hungrig gemurmelt,
getrost gehungert und nicht gekümmert?“

„Es geht zur Neige mit uns zwei'n,
es muß, mein Tier, geschehen sein;
du bist wie ich nun alt und krank,
ich soll dich erkaufen, das ist der Dank!“

„Das ist der Dank, das ist der Lohn!
Dir geht's wie manchem Erdensohn.
Zum Teufel! ich war bei mancher Schlafst,
den Hente hab' ich noch nicht gemacht.“

„Das ist der Strich, das ist der Stein,
das ist das Wasser, — es muß ja sein.
Komm her, du Rötzer, und sieh mich nicht an,
nur noch ein Fußstoß, so ist es getan.“

Wie er in die Schlinge den Hals ihm gesteckt,
hat wehelt der Hund die Hand ihm geleckt,
da zog er die Schlinge sogleich zurück
und warf sie schnell um sein eigen Gewicht.

Und hat einen Fluß, gar schänderhaft,
und raffte zusammen die letzte Kraft
und stürzt in die Flut, die tödlich stieg,
im Kreise sich zog und über ihm schwebte.

Wohl sprach der Hund zur Rettung hinan,
wohl heult er die Schiffer aus ihrer Ruh,
wohl zog er sie wildschend und zerrend her,
wie sie ihn fanden, da war er nicht mehr.

Er ward verachtet im stiller Stund',
es folgt ihm umflehnd nur der Hund;
der hat, wo der Reih die Erde deut,
sich hingestreckt und ist da verreckt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“
und die mit P. L. geschriebenen Artikel: Paul Böwig, für
den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellings,
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.,
Samstag in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend Petroleum-Sparlämpchen.

Die Petroleum-Sparlämpchen sind wieder eingetroffen und
zum Preise von 20 Pfg. für das Stück in nachstehend aufgeführten
Geschäften zu haben.
Der geringen, im kommenden Winter zur Verfügung stehen-
den Petroleummenge wegen ist die Anschaffung von Sparlämpchen
dringend zu empfehlen.
Lübeck, den 22. Oktober 1918. 5196

Das Polizeiamt

- | | |
|--|--|
| Johs. Breda, Dannewitzgrube 37 | Johs. Schwabroh, Moislinger
Allee 33 |
| T. Fuhrmann, Holltenstr. 23 | Franz Schwedt, Or. Burgstr. 29 |
| Hans Eichstädt, Mühlentstr. 42 | Martin Tews, Adolfsstr. 7 |
| Wihl. Flaskämper, Wischgstr. 31 | Carl Fr. Timm, Glockengießer-
frage 16 |
| Wihl. Grammerstorff, Fleich-
hauerstr. 89 | Ernst Voh, Or. Burgstr. 59 |
| Carl Grube, Bahmstr. 85 | Ad. Wichmann, Bedergrube 58 |
| Richard Hack, Kottwitzstr. 39 | Ludwig Wiegels, Fischerggrube 60 |
| Ludwig Hartwig, Obertrabe 5 | (sowie in den Warenabgabestellen
des Konsum-Vereins.) |
| Wihl. Hempel, Hanjestr. 33 a | |
| Karl Rudofsky, Marhlstr. 44 | |
| L. Roepfer, Südgstr. 22 | |

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Donnerstag, dem 24. Oktober 1918, vormittags
von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenbezugsarten
Nr. 1 bis 1000 und am Freitag, dem 25. Oktober 1918, vor-
mittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenbezugs-
arten Nr. 1001 bis 2000.
Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden
Knochen findet nicht statt.
Lübeck, den 22. Oktober 1918. (5195)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in Schlutup

findet statt am Donnerstag, dem 24. Oktober 1918, vormittags von
8 bis 1 Uhr, beim Schlachtermeister Franz Winkler, Schlutup,
Lübecker Straße 31, für die von der Polizeistation Schlutup ab-
gekauften gelben Knochenbezugsarten.
Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen
findet nicht statt.
Lübeck, den 22. Oktober 1918. (5198)

Das Polizeiamt.

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Bekanntmachung.

Der Umtausch der vom 28. Oktober bis 24. November 1918
gültigen Fleischkarte für Kinder vom 1. bis zum 4. Lebensjahre
einschließlich erfolgt in der Zeit vom 24. Oktober bis zum
24. November 1918 werktäglich von 9-1 und 3-5 Uhr in der
Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, 2. Stg.

- Gegen Abgabe der Fleischkarte werden Bezugsausweise für
- 1 Pfund Weizen Grieß
 - 1/2 Morgentrant
 - 1 Rindernahrung
 - 1/2 Zwieback

ausgegeben.
Geburtsausweis und der Ausweis zum Bezuge von
Lebensmitteln sind vorzulegen.
Die Bezugsausweise für Rindernahrung und Zwieback
werden erst Anfang November eingelöst.
Lübeck, den 22. Oktober 1918. (5194)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Zu verkaufen ein neuer
Wachtopf, eine Schlaf. Bett-
stelle mit Matraße. (5189)
Fischergrube 57, Flüg.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

In einem Lazarett in
Duisburg verstarb an einer
schweren Verwundung als
weiteres Opfer des Welt-
krieges unser Genosse

Karl Regling.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Freitag vor mittag 10 1/2 Uhr
auf dem Ehrenfriedhof. Die
Mitglieder sammeln sich bis
10 25 im Restaurant Lufsen-
fuß. 5201 Der Vorstand.

Zu sofort für einige Stunden
täglich ein (5190)

Mädchen od. Frau
gesucht. Frau D. Wagner,
Holltenstr. 8.

Blasweiben

aller Art off.
D. Franke, Glasbläser,
Schüsselbuden 25, Fernr. 2908

Allen denen, die unserer lieben
Entschlafenen die letzte Ehre er-
wiesen und ihren Sarg so reich
mit Kränzen schmückten, auch
Herrn Pastor Ziesenis für die
trottschönen Worte sagen hiermit
unsern innigsten Dank. (5193)

Familie Schielke.

Herrenwaf. Kolonie 240.

Aufforderung!

Diejenigen Personen, die von
meiner verstorbenen Frau Clara
Zimmermann geb. Tietz einen
Wach-Eintochapparat, eine Dam-
sche Klavierstühle u. eine Fleich-
hackmaschine geliehen haben,
werden gebeten, die Sachen bei
Frau Luise Clausen geb. Tietz,
Werberstr. 17-19, III, abzugeben,
andernfalls Anzeige erstattet wird.
Landsturmann
Severin Zimmermann,
5197) zurzeit im Felde.

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Kartell-Versammlung

am Freitag, dem 25. Oktober 1918
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Eingänge (sehr wichtig)
 2. Stellungnahme zur Antwort auf unsere August-Eingabe an den
Senat.
 3. Wahl von Jugendausschuß-Mitgliedern.
Die Gewerkschaftsvorstände sind zu dieser Versammlung
eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Kartellkommission.

Vom 22. bis 25. Oktober

Ausstellung von Originalbildern

des Kriegsmalers der Heeresgruppe des Westens
Ernst Vollbehr
im weissen Saal der Stadthalle.
Geöffnet von 10-1 und 4-8 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pfg., Militär und Schüler 20 Pfg. (5192)

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.

Mittwoch abend 7 Uhr:
Polenblut.
Operette von Oskar Nedbal.
Donnerstag: (5191)

Schwarzwaldmädel.
Freitag: Polenblut.
Sonnabend:
Drei alte Schachteln.

Stadtheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.
5198

Mittwoch, den 23. Oktober
Othello.

Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7 Uhr
4. Vorstellung im Mittwoch-
Abonnement.

Donnerstag, den 24. Oktober
Die Kreuzschreiber.
Bauernkomödie in 3 Akten
von Ludw. Anzengruber.
Anfang 7 Uhr.

2. Vorstellung für die
Schauspielgemeinde.
Grüne Karten.
Freitag, den 25. Oktober
Mignon.

Oper in 3 Akten v. A. Thomas.
Anfang 7 Uhr.

4. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 26. Oktober
Rose von Stambul.
Operette in drei Akten
von Leo Fall.
Anfang 7 Uhr.

Der gerade Weg.

Die Linie unseres Willens ist klar vorgezeichnet. Wir wollen den dauernden Frieden gesichert durch den freiwilligen Bund der Völker im Sinne Wilsons. Wir sind bereit, zur Erreichung dieses Ziels jedes Opfer zu bringen, das mit dem Sinn des Programms verträglich ist, sind bereit, denen, die heute noch unsere Gegner sind, jedes Gegenkommen zu zeigen, das nicht von vornherein den Charakter des künftigen Friedens als eines auf gegenseitige Einsicht gegründeten Völkervertrags aufhebt.

Gegen die Verwirklichung dieser Absicht wenden sich jetzt die Kriegstheoretiker des Westens, die ganz wie vormals die unfernen, starr auf der Lehre beharren, ein Krieg müsse ausgelöst werden bis zur völligen Wehrlosmachung des Gegners. Es erheben sich gegen sie die Machtpolitiker, die ganz wie vormals die unfernen, den künftigen Frieden nicht völkerrechtlich für alle, sondern militärisch für sich selber sichern wollen, indem sie alle Machtorteile für sich in Anspruch nehmen und den Gegner zerlegen, für Menschenalter jedes Widerstandes unfähig auf der Walfahrt zurücklassen wollen. Wie der General Hoffmann in Breslauer Gedanken an einen Verständigungsfrieden zerstückelt mit dem Wort: „Wir sind die Sieger!“, so hallt jetzt allen Stimmen des Verstandes und der Verständigung im Westen das Echo entgegen: „Die Sieger sind wir!“

Wann immer die Flamme des Weltkrieges zu erlöschen drohte, wurde sie durch die Reibungen des Nationalismus von haben und drüben aufs neue entzündet. Jetzt schlagen unsere entmachteten Machtpolitiker in den westlichen Spiegel, der nur ihr eigenes Bild zeigt, und häufen Worte der Verachtung auf jeden, der in ihre wirren Deklamationen nicht einstimmt. Ihnen fehlt jede Spur der Erkenntnis dafür, daß sie mit ihren Redensarten bisher entsehrlich viel geschadet haben und mit ihnen auch heute nichts nützen können. Mit geröteter Stirn und hochgezogenen Brauen fragen sie nun, was wir zu tun gedanken, wenn unsere Friedensbestrebungen scheitern sollten. Wir antworten darauf ruhig und einfach, daß wir dann weiter unsere Pflicht tun werden bis zu dem Tag, an dem der Frieden erreicht sein wird.

Mit dem Geschrei, das hysterische Jungfrauen beiderlei Geschlechts vollführen, ist wahrlich nichts getan. Ludwig Franz gründete keinen Bund zur raschen Niederkämpfung Englands, sondern ging, ohne viel Aufsehens damit zu machen, an die Front. Und ebenso wie er handelte die Massen, die kämpften und arbeiteten, litten und entbehrten, ohne große Tiraden darüber anzustimmen, was andere dem Vaterlande schuldig seien. Darum lehnt das Volk jede Bekehrung und Ermahnung von Seiten derer ab, die es ins Unglück stürzten, indem sie es zwangen, mit unmöglichen Mitteln unmöglichen Zielen nachzugehen.

Ganz anders als in den großen Massen des Volkes, die das Notwendigste schweigend taten, Fehler erkannten, bekämpften und zu verbessern suchten, handelten jene engen Kreise, die jetzt wieder unter der Parole eines Kampfes um die Nationallehre die Führung an sich zu reißen versuchten. Die steifen ein Strichfeuerchen nationalstiftlicher Begeisterung nach dem anderen an, die mit sinkendem Qualm alsbald wieder erloschen, zauberten ein Traumbild nach dem anderen an die Wand, bis die Wirklichkeit auch die letzte Illusion zerriß, und wachten jeden Tag von einem geistigen Brausenrausch mit einem gründlichen Kakenjammer auf.

Davon haben wir aber jetzt wahrlich genug! Nüchtern und besonnen wollen wir unsere Pflicht tun für die Verteidigung, solange sie notwendig, für den Frieden, sobald er erreichbar ist!

Mit Aufmerksamkeit verfolgen wir inzwischen die Diskussionen im Lager unserer Gegner. Ueber die beiden Strömungen in Frankreich, die jetzt miteinander ringen, haben wir unsere Leser unterrichtet. Sie verlaufen schein-

bar ganz ähnlich wie seinerzeit bei uns die Debatte über Rußland. Sollen wir es erhalten, um es später einmal zum Freunde zu gewinnen, oder sollen wir es zerlegen, damit es uns später nicht mehr schaden kann?

Wir deutschen Sozialdemokraten haben im Kampf um Rußland — leider vergeblich — den Standpunkt vertreten, daß alle Hoffnungen auf dauernde Wehrlosmachung des Gegners eine nackte Utopie sind. Wir können ihn jetzt, da es sich um Deutschland handelt, aus noch besserer Kenntnis der Tatsachen heraus wieder aufnehmen. Die nationalstiftischen Machtpolitiker sind überall die schlechtesten Freunde ihres Volkes, auch in Frankreich. Der Gedanke, man könne durch diesen Krieg Frankreich so stark und Deutschland so schwach machen, daß Frankreich allein gegen Deutschland sichere Überlegenheit besäße, ist eine Kinderei. Kein Staat ist an einem Völkervertrage in höherem Maße interessiert als Frankreich. Denn auch gegen ein gedemütigtes, amputiertes Deutschland würde Frankreich nicht stark genug sein, die Hilfe seiner jetzigen Verbündeten entbehren zu können. Ein Deutschland der Keenan-Drähte das schicksalbedürftige Frankreich in ewige Abhängigkeit von fremden Mächten. Die Franzosen können ihre Zukunft nicht auf die schwankende Hoffnung aufbauen, daß in dreißig Jahren Engländer und Amerikaner noch einmal für sie stehen werden.

Das französische Volk ist also in genau demselben Maße wie das deutsche daran interessiert, dem System des machtpolitischen Egoismus ein Ende zu bereiten und das System der Völkervertragspolitik an seine Stelle zu setzen. Frankreich braucht den dauernden Frieden mit Deutschland genau ebenso wie Deutschland den dauernden Frieden mit Frankreich braucht.

Die deutschen Arbeiter haben diesen Frieden schon lange vor dem Kriege gewollt. Sie waren zu schwach, ihn zu erhalten, sie werden künftig, in einem demokratischen Deutschland, die Kraft dazu besitzen, wenn nicht der französische Nationalismus seinem deutschen Gefinnungsbruder und Widerpart noch einmal in den Sattel hilft.

Unsere französischen Genossen aber möchten wir fragen: War es wirklich ein solches Verbrechen von uns, daß wir von Beginn des Krieges an für die Verteidigung unseres Landes eintraten? Welche Garantie kommt für uns dafür hien, daß im Falle unseres Verlangens nicht die Pläne der französischen Vernichtungspolitik verwirklicht worden wären — durch unsere Schuld? Wie würden wir denn vor unserem Volke dagestanden haben? Hätte nicht ein solches Verhalten die Aussichten der Arbeiterbewegung in unserem Lande auf Jahrzehnte hinaus vernichtet? Begreift doch, daß wir in den Kampf gegangen sind, nicht aus Haß gegen Euch, nicht aus stumpfem Gehorsam vor den Machthabern, sondern aus ehrlicher Sorge um unser Volk, deren Berechtigung Ihr jetzt aus den racheprühenden Artikeln Eurer Chauvinistenpresse erkennen dürft!

Es ist keine allzu große Uebertreibung, wenn man sagt, daß heute an den französischen Arbeitern, den französischen Sozialisten die Zukunft der Welt hängt. Als wir gegen den Frieden von Breslauer-Kampfen kämpften, ging die Welle des Chauvinismus über unsere Köpfe hinweg. Furchtbarer Schaden ist damit unserm Vaterlande zugefügt worden. Wenn es jetzt den französischen Arbeitern und Sozialisten ebenso geht, so droht der kommenden Generation eine gesteigerte Wiederholung der jetzigen Schrecken, während durch den Sieg des internationalen Gedankens ganz Europa in dreißig Jahren zu einem blühenden Paradies verwandelt werden kann.

Wir aber hierzulande wollen den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wir stehen gegen eine gewaltige Uebermacht. Diesen Krieg werden wir nicht gewinnen. Wir kämpfen keinen Augenblick länger als wir müssen, und wir kämpfen nicht um den Sieg, sondern um einen Frieden, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt. Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das lektmal siegreich heimgelacht zu haben. Das ist eine schwere moralische Belastungsprobe für

jedes Volk, und jene, die sie bis zur Unmöglichkeit des Gelingens steigern wollen, nehmen eine schwere Verantwortung auf sich. Wehrlos kann kein Frieden uns machen, Sicherheit gibt auch dem Sieger nur ein Frieden, der alle entwaflnet und aus Feinden Freunde macht. Aber eine Gefahr auch für ihn ist ein Frieden, in den ein Volk heimkehrt, um in der blutigen Geschichte der Vergangenheit zu lesen, daß die Besiegten von heute die Sieger von morgen sind!

Möglichkeiten.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Antwortnote an Wilson unmittelbar zur Einstellung der Feindseligkeiten führen wird, ist nicht besonders groß. Andeutungen der Ententepresse lassen darauf schließen, daß in der Frage der Waffenstillstandsbedingungen feste Abmachungen zwischen Wilson und seinen Ententegenossen bestehen, Abmachungen, die sehr viel weiter gehen als die Ueberbietungen der deutschen Akte. Die Militärs der Gegenseite verlangen Kapitulation und Waffenstreckung, bedingungslose Unterwerfung, andernfalls sind sie gewillt, den Krieg weiter fortzusetzen. Sie handeln damit eben wie alle Generäle, die sich ihre Lorbeeren nicht entgehen lassen wollen, mag ihr Ruhm der übrigen Menschheit auch noch so viel Blut kosten.

Ist also ein sofortiger Waffenstillstand als Erfolg der deutschen Note kaum zu erwarten, so wird sie doch dazu beitragen, eine gewisse Besinnung auf der anderen Seite herbeizuführen und das Kriegsende zu beschleunigen. Denen, die fragen: wie lange noch? kann eine zahlenmäßig bestimmte Antwort nach Tagen oder Wochen nicht gegeben werden, aber mit einer an Gewißheit grenzenden Sicherheit kann man sagen: Nicht lange mehr! Die letzten Stadien der Entwicklung müssen rasch verlaufen.

Es sind nur drei Möglichkeiten vorhanden. Entweder die Gegner erkennen sehr bald, daß sie die militärische Widerstandskraft Deutschlands unterschätzt und den Bogen überspannt haben, dann wird sich ungefähr auf dem Boden der letzten deutschen Vorschläge eine Einigung über den Waffenstillstand erzielen lassen, oder aber die Optimisten auf der Gegenseite behalten recht, und dann werden die Waffenstillstandsbedingungen aus den künftigen Verhandlungen von vornherein ausscheiden, und Deutschland wird dann nur die — sehr starke — Waffe des Hinweises auf die Zukunft hieken, für die unsere jetzigen Feinde kein nach Bergeltung und Rache rufendes deutsches Volk wünschen können. Militärisch ist der Krieg durch den Zusammenbruch sämtlicher Verbündeter des Deutschen Reichs, durch die erzwungene Aufgabe der slawischen Küste und fast ganz Nordfrankreichs in der Hauptache entschieden. Er ist zu ungunsten Deutschlands entschieden, dieser Tatsache müssen wir jetzt ins Gesicht sehen. Nach einem verlorenen Krieg bleibt uns nur der Versuch übrig, einen Frieden zu gewinnen, in dem das deutsche Volk als freies Volk unter freien Völkern wohnen kann. Dieser Versuch ist bereits im Gange, und die Leidenszeit der Kämpfer im Felde neigt sich steil dem Ende zu.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nicht „Erste Kammer“, sondern „Herrenhaus“.

Es ist nur eine Kleinigkeit, nur eine Neußerlichkeit — aber sie ist außerordentlich bezeichnend: in der Sache hat das preußische Herrenhaus unter dem schweren Druck der äußeren Lage an den erreaktionären Beschlüssen des Dreiklassenparlaments in der Frage der Verfassungsvorlagen manche wesentliche Verbesserungen beschlossen, hat sie beschließen müssen. Aber einen Tropfen heilsamen Balsams hat es geglaubt sich auf die schmerzenden Wunden träu-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

32. Fortsetzung.

Eine Armee von Witzigen hatte sie in ihr Dasein hineingetragen, und doch hatte diese Vielheit von Kleinem, wenn sie auch noch bunter und reichhaltiger gewesen wäre, nicht vermocht, ihr Dasein auszufüllen, das nach wie vor im Innersten einsam und leer war und das nun nach dem Einem, Großen Ausschau hielt, das noch kommen mußte, wenn sie nicht nur zufrieden, sondern wahrhaft glücklich werden wollte.

Sie lächelte und sagte: „Auf dieses Eine und Große warte ich noch. Was wird es sein? Wann wird es kommen?“

Da spürte Reiser etwas wie Unbehagen und Zweifel und antwortete: „Wahrscheinlich ist dieses Ganzgroße und Ausschließliche, von dem wir träumen, nur ein Irdisches, das uns nützt. Oder vielleicht ist es in diesem Leben hier nicht zu erkennen, sondern nur —“

„Sondern nur?“

„Sondern erst hinter dem Leben, wenn wir alt sind.“ Und beglückt von dieser Erklärung, die er gefunden hatte, rief er noch lebhafte aus: „Ja, vielleicht sehen wir eines Tages, wenn wir alt sind, daß wir jenes Eine und Große schon in unserer Jugend besaßen und nur nicht gesehen hatten, weil es unseren Augen zu nahe lag.“

Der Himmel hatte sich wieder völlig aufgeklärt, und sie verließen das Dampfboot bei prächtigem Wetter. Ein Wagen brachte sie nach Algenfurt. Ueber der Stadt hing die heitere Bläue des Himmels, die Stränder der Anlagen, die Bäume der Straßen trieben vor Mäse, wie nach einem Bade. Spähen riefen sich überlaut in den Hecken, die Wege waren wie blaue Geheuer und in den Gärten der Restaurants breiteten man schon wieder Dedes über die Tische, in Erwartung der Gäste, die der milde Abend herbeiloden würde.

Profop erwartete sie im Hotel. Sie verabredeten sich für diesen Tag und begaben sich ein jedes auf sein Zimmer. Doch Reiser litt es nicht darin. Als es dämmerte, bezog er sich auf den Marktplatz und mischte sich in den Strom der Leute, die den Corso auf und ab humpelten.

Es waren dies ausschließlich junge Leute, Studenten und Lehrgang- bis achtzehnjährige Mädchen, die sich zu einem Stehdiener eingefunden hatten, das gar nicht verabredet worden war, weil es einen selbstverständlichen Punkt des Tagesprogramms bildete. In nichts, fand Reiser, ähnelten sie den jungen Menschen in Deutschland. Eine heile Unbekümmertheit war auf ihren Gesichtern, eine leichtere Art, das Leben dort zu pflanzen, wo es

unterhaltend ist; ohne daß doch etwas von Taugenichtsen an ihnen haftete.

Er sah den jedweden Gang der Mädchen, die sich kokettlich in den Hüften wiegend, das ungefüge Plaisier mit ihren Füßen zu fassen schienen, und mußte im gleichen Augenblick an Klara denken, das erstemal seit dem Tage, da er sie geküßt hatte. Sie gehörte zu jenen Dingen, von denen er schon Abschied nahm, ehe er sie recht genießen hatte, wie er ja auch diese Gegend schon morgen verließ, kaum daß sie ihn geküßt hatte, wie wohl auf eine Reihe ununterbrochener Arbeitsmonate ein paar Stunden der Ruhe tiefen.

Als tief in die Nacht hinein sah er in einem Restaurationsgarten, etwas abseits, um die Gäste, die sich an den Tischen drängten, beobachtet zu können. Bunte Lämpchen hingen auf Drahten zwischen dicht besetzten Bäumen, ein Mann spielte die Zither und zwei Mädchen sangen Lieder. Zwischen durch floz lautes Lachen auf der nächsten Raum nahm die wirr durcheinander geprühlten Gespräche und hitzigen Dispute entgegen und entführte sie in sein friedvolles Schweigen, ganz unmerklich und leise, was da bunten Stunden einen Zug des Zauberhaften und Geheimnisvollen gab.

Am nächsten Tage lassen sie im Schnellzug nach Wien, und mit jedem neuen Kilometerstein, den der Zug mit einem kraftvoller Wurf nach rückwärts schleuderte, bröckelte auch aus ihrem Gedankenkreis ein Stück der Erinnerung an die verflorenen Tage ab, diese Erinnerung, die sie mit in ihren neuen Wirkungskreis nahmen und die sich doch schon anschickte, zu verblasen.

„Man fühlt um so nüchtern und sachlicher, je weiter man sich vom Süden entfernt,“ sagte Reiser. „Aber ich finde, daß in dieser Atmosphäre der Nüchternheit unsere Verbindung, unser Bund, erst recht bestehen kann, — ja, er recht!“

„Erst recht“, pflichtete sie ihm freudlich bei, denn sie spürte das Fragende und Tastende in seiner Stimme.

Als sie den Semmering durchfuhren, umging sie der Zauber der Berge ein letztes Mal. Sie standen an den offenen Fenstern und schweigend beide. Aber beide dachten sie dasselbe. Hinter jenen bewaldeten Kuppen, denen die Abendsonne ein goldenes Bad bereitzete, lag die Landschaft, die sie beide zu einem kurzen Spiel vereint hatte. Vom Norden her, sie spürten es beide, wehte ihnen schon der siedernde Atem der großen Stadt entgegen.

„Noch zwei Tage Wien, die Stadt des Uebergangs“, sagte Reiser, „noch ein kurzes Atemholen, ein flüchtiges Prüfen der Muskeln —“

„Und dann?“ fragte sie.

„Der Kampf!“

Er sprach es bewußt und zufrieden aus, wie einer, der sich dessen, was andere lange machen könnten, freut.

Aus der Ferne geisterten ihnen schon die Lichter Wiens entgegen. Sie wurden sofort nervös, als sie sie sahen, gingen viel zu zeitig daran, ihr Handgepäck zu ordnen, und fanden dann kaum noch die Geduld, auf ihren Sitzplätzen zu verharren. Die große Stadt zieht die, deren Heimat sie ist, viel unwiderstehlicher an als einen Bauer das breite Land, wer in ihrer Sphäre einmal gelebt hat, kann auf die Dauer nicht mehr außerhalb ihrer sein.

Sie stiegen aus, und die hallenden Geräusche unter der Kuppel der eierernen Bogen war ihren Ohren Mühsal. Die Luft, die ihnen draußen entgegenströmte und die sie im ersten Augenblick gleichsam verbannte, diese Zusammenmischung aus allen möglichen Düften, die nichts Reines mehr an sich hatten und die doch ein eigenes Ganzes und für sich Bestehendes waren, — sie atmeten sie mit gieriger Lust, und sie belebte sie im Moment, so daß alle Müdigkeit und alle Abspannung von ihnen abfiel und der Wunsch in ihnen lebhaft wurde, sich noch an diesem Abend in jenen geistreichen Strudel zu werfen, der mit gedämpftem Lärm und in der grellen Bläue künstlichen Lichtes durch die nächtlichen Straßen der großen Stadt fegte.

Aber nur Reiser gab diesem Drang nach und suchte noch, kaum daß er sich im Hotel gewaschen und umgekleidet hatte, eines der großen Cafes im ersten Bezirk auf.

Dort verweilte er über eine Stunde und war überaus zufrieden, so wie ein Mensch sich nur wohl fühlen kann, der nach langem, zwecklosen Umherirren unter fremden Menschen, die ihn nicht interessieren, wieder daheim zwischen den ihm bis ins kleinste Detail vertrauten vier Wänden sitzt.

Hier, wo er saß, und draußen zwischen den lichtbehangenen Mauern gab es zwar keine Wahrheit, dafür eine beständig geschwänkte Lüge, hier gab es keine Natürlichkeit, dafür gefällige und anheimeliche Formen, mit einem Worte: den Schein, der zwar keinen Wissenden blendet, noch blenden soll, der aber, weil er so bequem ist, dem raschen Sehenden wohlgefälliger ist als die Wirklichkeit, über deren Ecken und Kanten man jeden Augenblick stolpert.

Sie blieben zwei Tage in Wien und verwandten diese Zeit darauf, in dem halben Duzend der pompösen Straßen umherzuwackeln, ihre Sinne durch das Erlebene der zur Schau gestellten Dinge reizen zu lassen und von dem und jenem zu nippen und zu naschen, ohne dabei auch nur ein Geräch bis zum letzten Rest zu verzehren.

Sie machten Einkäufe, fuhren in den Prater, saßen lässig und wirbelten in den Restaurants, jener Art: hingegeben, bis es einem von Zeit zu Zeit maßt, wenn man wahllos und ohne zu rechnen, viel Geld ausgibt.

Fortsetzung folgt.

fest zu stellen, die es — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — sich selbst schlagen mußte: es hat überall die vom Abgeordnetenhaus angenommene Namensänderung von „Herrenhaus“ in „Erste Kammer“ rückgängig gemacht und das alte schöne Wort „Herrenhaus“ wiederhergestellt.

Wenn schon nicht im Reich, so soll nach dem Willen der „Herren“ wenigstens im Namen auch im neuen Deutschland noch die Erinnerung an die alte schöne Zeit festgehalten werden, als es im georgenen Lande Preußens noch „Herren“ und „Untertanen“ gab!

Liebkecht und der Haß entlassen.

Karl Liebknecht ist am Dienstag aus der Zuchthaushaft entlassen. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ dazu erfahren haben will, ist die Entlassung auf die Bemühungen Scheidemanns zurückzuführen.

Die entschlossenen Professoren.

Die augenblicklich grassierende Depressionswut hat auch den Rektor und den Senat der Göttinger Universität ergriffen. Sie haben an den Reichstagskanzler eine Depesche gerichtet, in der der Reichstagskanzler aufgefordert wird, alle Kräfte des Volkes aufzurufen, „um den Willen der Feinde endgültig zu brechen und unser geliebtes Vaterland zu schützen.“ Es wird versichert, „in diesem Falle“ sei man mehr denn je entschlossen, „alle unsere geistigen und körperlichen Kräfte dem heiligen Kampfe für das Vaterland zur Verfügung zu stellen.“

Die geistigen Kräfte, die die deutschen Professoren bisher in ihrer Allgemeinheit — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — in den Dienst des Krieges gestellt haben, sind durch die Ereignisse als ungeeignet nachgewiesen worden. Es ist deshalb immerhin als ein Fortschritt anzuspüren, wenn die Herren heute sich darauf besinnen, daß es mit Redereien und mit Schreibereien allein nicht getan ist, und daß sie heute „entschlossen“ sind, auch das für jeden Kampf notwendigste, aber auch risikanteste, den physischen Menschen einzusetzen.

Sozialdemokratie und Südslawenfrage.

Der Südslawenfrage widmet Hermann Wendel im neuesten Heft der „Neuen Zeit“ eingehende Ausführungen. Der Verfasser spottet mit Recht über das Bestreben der bürgerlichen Presse, den Schwierigkeiten des österreichischen Nationalitätenproblems aus dem Weg zu gehen und enthält die südslawische Frage als ein gefährliches Ueberbleibsel aus jener Zeit, da sich die entwickelten Nationen der Deutschen und Magyaren in die politische Knechtung und wirtschaftliche Ausbeutung der slawischen Bauernvölker teilten. Auch bei dem Ausgleich von 1867 waren die südslawischen Bauernvölker noch immer zu unentwickelt, um sich politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verschaffen. Die Slowenen wurden den Deutschen, die Kroaten den Magyaren als Beute hingeworfen. Durch eine raffinierte Bezirkseinteilung wurde die politische Hörigkeit dieser Völker in ein staatsrechtliches System gebracht. Seiner Schöpfer schien dieses System für die Ewigkeit gegliedert, aber die wirtschaftliche Entwicklung unterwarf nur allzubaub die Grundlagen von 1867. Der unerbittliche Revolutionär Kapitalismus drang lärmend und auffsehend in die weltabgeschlossenen dörflichen Zellen der slawischen Bauern ein, wackte die geschichtslosen Völker zum nationalen Selbstbewußtsein, durchdrückte sie mit dem Gefühl ihrer Zahl und Kraft und ließ sie, Recht heischend, mit ungehörter Faust an die Tore der Staatsmacht hämmern. In den letzten Jahren überführte sich diese Entwicklung, und schneller als selbst järrische Beobachter glauben konnten, verwandelte sich in den führenden Stämmen der Kroaten, Serben und Slowenen die atavistische Erkenntnis, daß die drei verschiedenen Nationen ein und dasselbe Volk denken, in unmittelbar wirkende lebendige Kraft: als erste Partei münzte die Sozialdemokratie dieses Bewußtsein in politische Forderung um; schon Ende 1909 stellte die südslawische Sozialistenkonferenz zu Laibach, auf der Dalmanen, Ilirien, Kroatien und Bosnien vertreten waren, an die Spitze ihres Programms den Satz: „Die Südslawen Österreich-Ungarns betrachten als Endziel ihrer nationalpolitischen Bestrebungen: die völlige nationale Einigung aller Südslawen, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit des Namens, des Glaubensbekenntnisses, der Rechtschreibung und der Mundarten oder Sprachen.“ Je mehr sich auch die anderen Parteien diesem Ziele näherten und je mehr die Volksmassen dafür entflammten, desto mehr verlor der Dualismus, auch von Polen, Tschechen und Italienern längst freigegeben, den Boden unter den Füßen und wurde aus einer Stärke eine Schwäche der Monarchie.

Aus der Partei.

Vom „Vorwärts“. Ein Berliner Blatt teilt mit der Luesen-angabe einer Berliner Korrespondenz mit, daß Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie werde vom 1. November an täglich zweimal erscheinen. — Das ist nicht richtig. Gewiß steht ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts“ bevor, doch wird diese Veränderung erst später eintreten.

Fortschritt überall. Eine erfreuliche Wirkung hat der politische Umwälzung auch in Bayern gesetzt. Die Anlagenspeicher unseres Münchener Parteibüros, der „Münchener Post“, hat sich trotz der erst jüngst erfolgten Abonnementspreiserhöhung in den letzten Tagen um rund 15000 erhöht.

Reichstagskandidaturen. Eine Konferenz der Parteioberleitung des Reichstages Duisburg-Mülheim Ruhr-Oberhausen-Hamborn beschloß sich mit der Aufstellung der Kandidaturen für die nächsten Reichstagswahlen. Für den Kreis besteht Verhältnismäßig mit drei Mandaten. Beschlossen wurde, als Kandidaten an erster Stelle den Genossen Otto Braun-Frankfurt und als Kandidaten an zweiter Stelle den Genossen Heinrich Jäger, erster Sozialdemokrat des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf aufzustellen. Die Entscheidung über die Aufstellung eines Kandidaten an dritter Stelle, sowie von zwei Ersatzmännern soll an einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Vollstundgebungen in Sachsen. Großes Interesse behandelte die hiesige Bevölkerung für Versammlungen der Partei, die sich mit der Friedensfrage und der inneren Angelegenheit beschäftigten. In Massen erschienen alle Volksschichten, um zu vernehmen, wie die Partei die hiesigen Lage beurteilt, die man als die Avantgarde bei der Demokratisierung wie bei den Friedensbemühungen betrachtet. In Gauen war eine Demonstration unter freiem Himmel, wo der Genosse Sandermann und der Vertreter des Kreises im Reichstages, Genosse Uhlig, sprachen, von 3000 Personen besucht; in Löbau, wo ebenfalls Genosse Sandermann sprach, waren 600 Personen anwesend. Einen ausgezeichneten Besuch hatten die Versammlungen in den großen Industriestädten Großenhain, Neugersdorf und Seifhardsdorf angezogen, ebenso in Zittau. Es sprachen die Genossen Bed, Sandermann und Uhlig. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die die parlamentarische Regierung auch für die Landesparlamente und Gemeinderäte wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und eine demokratische Regierung in Sachsen fordert.

Einem vorzüglichen Verkauf nahm auch eine von 2000 Personen besuchte Versammlung in Dresden-Lößtaun, wo der Reichstagskandidat Genosse Rahmann über die Friedensfrage und die innere Neugegliederung sprach. In Rabenau waren 600 Personen erschienen, die den Ausführungen des Genossen Hähle Beifall spendeten, der für den erkrankten Genossen Rahmann eingetreten war.

Anträge der Unabhängigen. Die Fraktion der Unabhängigen hat eine Reihe weiterer Anträge im Reichstag eingebracht, die bezwecken: Festlegung der Parlamentarisierung durch die Verfassung, Aufhebung der Hilfsdienstgesetze, Aufhebung der Unfreiwilligkeit der gewerblichen Schutzbestimmungen, Amnestie für die besetzten Gebiete sowie ein Reichsarbeitslosgesetz.

Der neue französische Parteivorstand. Der vom letzten Parteitag gewählte Vorstand (Ständiger Verwaltungsausschuß) zeigt den Umschwung, den die Kämpfe der französischen Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Von der Mehrheit (früherer Minorität) wurden gewählt: Jean Longuet, Paul Faure, Bourderon, Paul-Louis, Grandvalet, Maurin, Verjeil, Loriot und Louise Saumoneau. Einer der Stellvertreter ist Charles Rappoport. Von der Mitte: Marcel Sembat. Von der Minorität (früherer Mehrheit) Albert Thomas, Renaudel, Dubreuilh, Poisson, Camelinat (ein alter Kommunist), Dorey, Lebas, Levas, Severac. Als Delegierte zum Internationalen Bureau: Longuet, Mitrail, Renaudel. Als Parteisekretär wurde Rossard (früher Dubreuilh) gewählt, und als leitender Redakteur der „Humanité“ Marcel Cachin, der von Longuet vorgeschlagen wurde. Renaudel kämpfte tapfer für seine alte Stellung, aber vergebens, da die neue Mehrheit der Ansicht war, daß die „Humanité“ unter Leitung Renaudels aufgeführt habe, die Interessen des Proletariats zu vertreten. Der wirkliche Parteiführer ist jetzt tatsächlich Jean Longuet. Er war auf dem Kongress die führende Person. Die neue Mehrheit stand unerschütterlich hinter ihm. Ueber die Aenderung in der Leitung der „Humanité“ schreibt der „Populaire“: „Trotz der abstoßlichen Manöver der früheren Mehrheit, uns eines Teiles unserer Mandate zu berauben, hat der Kongress unseren tapferen Genossen Marcel Cachin zum Leiter der „Humanité“ bestimmt. Die tiefen Sympathien, die er bei der Masse von Paris und Frankreich im allgemeinen besitzt, sind uns eine Gewähr des Aufschwunges, den er bald dem Zentralorgan zehen wird. Seit drei Jahren hat sich die „Humanité“ leider von den Bestrebungen und Forderungen des Proletariats entfernt. Für das Blatt beginnt jetzt eine neue Ära der Arbeit. Durch Versammlungen, Flugblätter und Proklamationen müssen wir für unser Zentralorgan wirken.“

13. Verbandstag der Schneider.

Vom 14. Oktober bis heute tagte hier die dreizehnte Generalversammlung des Schneiderverbandes. Sie war von 55 Vertretern besucht. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertrat Silber Schmidt (Berlin).

Der Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete Verbandsvorsitzender Stühmer (Berlin), der den von uns bereits besprochenen gedruckten Bericht ergänzte. Stühmer ging besonders auf die Lohnbewegungen ein und begründete dabei folgende Forderungen, die alsbald an die Arbeitgeber eingereicht werden sollen:

1. Ein weiterer Kriegszuschlag von mindestens 40 Prozent auf den Gehaltslohn.
2. Erhöhung der Grundlöhne für sämtliche im Zeitlohn beschäftigten Schneider und Schneiderinnen.
3. Erhöhter Kriegszuschlag für Heimarbeiter in solchen Orten, wo im Tarif ein Heimarbeiterzuschlag nicht vorgesehen ist.
4. Verkürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben, wo dieselbe noch mehr als 9 Stunden beträgt, mit der Maßgabe, daß eine Maximalarbeitszeit von 9 Stunden täglich nicht überschritten werden darf.

In der Diskussion wurden diese Forderungen unterstützt, es sei eine erhebliche Leuerungszulage notwendig. Im übrigen drehte sich die Debatte fast nur um die Frage der gewerkschaftlichen Kriegspolitik, die Haltung der Generalkommission. Ueber einen vollen Verhandlungstag, wurden diese Fragen lebhaft erörtert. Einem Redner der Opposition, die sich besonders aus Delegierten von Berlin, Magdeburg, Düsseldorf u. a. Orten zusammensetzte, wurde unbeschränkte Redezeit gewährt. Der Verbandstag hat: es bei Festsetzung seiner Tagesordnung abgelehnt, diese Streitfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu legen. Gegen die Haltung der Generalkommission wurden all die Einwände erhoben, die auch auf anderen Gewerkschaftstagen zum Ausdruck kamen und die als bekannt gelten dürfen. Neu bei der Auseinandersetzung war lediglich, daß sich ein Mitglied der Generalkommission, der Herr August und damit auch gegen die Politik der Generalkommission erklärte. Sabbath, der Mitglied der Unabhängigen ist, wies aber entschieden den Vorwurf zurück, daß die Unabhängigen die Gewerkschaften sprengen wollten. Er plädierte dafür, daß der Verbandsvorsitzende Sabbath (Berlin), gegen die Politik des Verbandstages über diese Frage keinen Beschluß fasse, sondern es bei der Ausprache bewenden lasse. Diesen Standpunkt hatten zuvor auch andere Redner eingenommen, die zu vermitteln suchten. Der Vertreter der Generalkommission Silber Schmidt-Berlin, verteidigte in längerer Rede die Haltung der Generalkommission und fand dabei die lebhafteste Zustimmung der großen Mehrheit des Verbandstages.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung war die Annahme einer von Vorstand und Beirat vorgelegten Entschliessung, die mit großer Mehrheit erfolgte. In ihr wird ausgesprochen, daß von einer Aufgabe des Klassenkampfes keine Rede sein könne. In der Unterstützung der Politik des 4. Aug. erblickt der Verbandstag lediglich eine Anerkennung der Verteidigung des Vaterlandes. In den kritischen Einzelfragen stellte sich die Resolution auf den Standpunkt der Generalkommission. Mit diesem Beschluß gaben die vorliegenden Anträge der Opposition als erledigt. Abgelehnt wurden Anträge, daß die Kriegsanleihe verkauft und ein Darlehen an den Verlag des Vorwärts gefündigt werden soll. — Zur Lohnbewegung wurde den Forderungen, die vom Vorstand aufgestellt waren, einstimmig zugestimmt.

Ueber das Arbeitslosgesetz hielt hierauf Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt einen informativsten Vortrag. Der Verbandstag stimmte einem von ihm begründeten Antrag zu, in der die Generalkommission aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß der gegenwärtige Entwurf der verflochtenen Regierung nicht weiterberaten und die neue Regierung veranlaßt wird, dem Reichstag einen Entwurf zu unterbreiten, der den Grundgedanken des Antrages der Gewerkschaftszentralen und der Arbeitslosenverbände entspricht. Die Stimmungnahme der Arbeitslosenverbände in der Kommission wird ausdrücklich gebilligt.

Ueber Instandsetzungs- und Heeresarbeiten sprach Gauleiter Bloog (Leipzig). Er behandelte die bisherige Tätigkeit des Verbandes bei allen Militärarbeiten und besprach die dabei erzielten Erfolge, wie auch die Stellung der Instandsetzenden Behörden. Dabei kritisierte er scharf das teilweise mangelnde Entgegenkommen mancher Militärbehörden bei Erhöhung und Durchführung der Lohnbestimmungen. Der Redner begründete dann Forderungen, die für alle mit Heeresarbeiten beschäftigten gestellt werden sollen. Er unterbreitete eine längere Resolution, in der diese Forderungen aufgestellt sind. Der Verbandstag wird beauftragt, im Beirat für Heeresarbeiten und bei den Kriegsmünisterien, und die Gauleiter bei den Befehlshabern im Sinne der gemachten Vor schläge zu wirken und für deren baldige Anerkennung und Durchführung mit allen Kräften tätig zu sein.

In der lebhaften Diskussion, die sich an den Vortrag schloß, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß den Instandsetzungen

nach nach Friedensschluß eine große Bedeutung zukommen wird, und daß deshalb alles getan werden muß, um dort bessere Verhältnisse zu schaffen. Gestagt wurde über die verschiedenen Verhandlung durch die einzelnen Beteiligungsämter. Die Organisationsarbeit wird überall anerkannt. Der Entschliessung wurde einstimmig zugestimmt.

Am fünften Verhandlungstag behandelte Redakteur Joseph-Berlin die Lehrlingsfrage. Er forderte die Erleichterung von staatlichen und kommunalen Fachschulanstalten und Schulwerkstätten, um an Stelle der zur Ergänzung der Meisterlehre die Ausbildung nachzuholen und zum Abschluß zu bringen.

Ueber die Schneider in der Uebergangswirtschaft referierte das Vorstandsmitglied Schwarzl-Berlin. Er begründete eine längere Entschliessung, in der u. a. gefordert wird, bis zum Wiedereintritt einer geregelten Einfuhr der für die Bekleidungsindustrie nötigen Rohstoffe die Freigabe der von der Heeresverwaltung beschlagnahmten Vorräte an Stoffen, Tuchen, Wolle, Baumwolle, Flachs usw. für die öffentliche Bekleidungsindustrie. Ferner die weitgehendste Förderung der Herstellung und Verwertung der Ersatzstoffe zur Fertigstellung der notwendigen Stoffe für die Bekleidung der Zivilbevölkerung. Zur Zurückführung der aus dem Heeresdienste entlassenen Kollegen in das Berufsleben wird gefordert, daß diese möglichst in ihren früheren Stellen beschäftigt werden.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Beibehaltung der heutigen Zwangsversicherung betont. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn der freie Handel wieder das Feld behauptet, solange es an Rohstoffen fehle, die bestehenden Anleihe die Waren zu jedem Preise an sich reißen und dadurch die unbemittelte Bevölkerung sehr schädigen würden. Den von dem Referenten aufgestellten Forderungen wurde zugestimmt.

Bei der Statutenberatung lehnte der Verbandstag am Schluß der Generaldebatte in namentlicher Abstimmung die vom Vorstand vorgeschlagene Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 27 gegen 25 Stimmen zunächst ab. Bei der Spezialdebatte beschloß jedoch der Verbandstag auf Anregung des Verbandsvorsitzenden, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit der Beschränkung vorzunehmen, daß nach dem Krieg über den Zeitpunkt des Inkrafttretens eine Ueberprüfung vorgenommen werden soll.

Die Beiträge wurden um 20 bzw. 10 Pfg. pro Woche erhöht. Sie betragen in Zukunft in der 1. Klasse 70 Pfg., in der 2. Klasse 60 Pfg., in der 3. Klasse 55 Pfg. und in der 4. Klasse 30 Pfg. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden die Beiträge um 20 bzw. 15 Pfg. erhöht. Die Unterstützung soll betragen, je nach Dauer der Mitgliedschaft und den Klassen nach 52wöchentlicher Beitragszahlung 1,15 Mk. bis 2 Mk. in der ersten Klasse, 1 Mk. bis 1,75 Mk. in der zweiten Klasse, 0,65 Mk. bis 1,15 Mk. in der dritten Klasse und 0,60 Mk. bis 1 Mk. in der vierten Klasse. Die Streifenunterstützung wird in den beiden ersten Klassen um 4 Mk., in den letzten Klassen um 2 Mk. wöchentlich erhöht. Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung wurden abgelehnt.

Der Beirat wurde erweitert. Neben den Redakteuren, einem Vertreter des Ausschusses und den Gauleitern gehören ihm künftig je ein Vertreter der acht Gaue an, die in Abstimmung gewählt werden müssen.

Bei den Wahlen wurden die bisherigen angestellten Vorstandsmitglieder und der Ausschuhvorsitzende einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Aus Nah und Fern.

Glückwunschkäse. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Grieben ist, wie aus Wien a. d. N. gemeldet wird, ein Zug mit einer Lokomotive zusammengefahren. Der Packwagen und der erste Wagen des Zuges schoben sich ineinander. Ein Eisenbahner wurde getötet, acht verletzt. — Zwischen Rheine und Osnabrück stießen zwei Güterzüge zusammen. Beide Zugführer wurden getötet, 19 Wagen zertrümmert.

Die Grippe im Ausland.

Auch in Dänemark zeigt die Grippe eine starke Zunahme. Die Schulklassen wurden vorläufig am 14. Tage verlängert. Den Kindern ist der Eintritt in die Lichtspieltheater verboten. In den Straßenbahnen ist eine dauernde Durchlüftung eingeführt. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Die Krankenschwestern tragen Schutzmasken.

Schweizer Blätter melden aus Mailand: In ganz Oberitalien nimmt die Grippe einen gewaltigen Grad an Ausdehnung an. In Mailand sind gegen hunderttausend Grippefälle festgestellt. Alle Theater und öffentlichen Vergnügungsorte wurden in den oberitalienischen Städten geschlossen. In Turin waren in der ersten Oktoberhälfte 1450 Personen an Grippe, täglich fallen ihr dort noch etwa 125 Menschen zum Opfer.

Der Siegedichter.

Er hat so braun den Vers gedreht, teils dithyrambisch, teils geschäftig. Wenn andre den Erfolg erzwängen, läßt sich auch was darüber sagen.

Es war für ihn die Weltgeschichte. Nur ähner Anlaß für Gedichte mit der Pointe daß wir liegen — so sicher, wie sich zwei kriegen.

Vom Kriegsglück, das sich oft verflüchtigt, wird Vorseher nun berichtet. Des Vaterlandes tiefe Nöte verstopfen seine Darmtrumpete.

Sollt ich darum, bei allen Teufeln, an seiner Zukunft schon verzweifeln? Er wird mit seiner Zeit genesen als Dichter, Mensch, und Lebweiser.

Weiteres.

Witze vom Tage. Ich auch. „Tausend Mark würde ich geben, wenn ich die Stelle wüßte, wo ich einmal sterben werde!“ — „Ja, und was hast du davon, wenn du sie weißt?“ — „Nicht hingehen in ich!“ — Doppelt: „Was, 33 Jahre ist deine Frau schon alt! Ich dachte, sechsundzwanzig!“ — „Nein, dreißig!“ — „Um vier Jahre hat mich meine Frau betrogen und um drei der Beiratsvermittler!“ — Großartiger Bedarf. Beamter (zur Dame die Begusjehine beantragt): „Zwei Tagelöhner, zwei Paar Strümpfe, ein Handtuch... Donnerwetter, Sie wollen wohl heiraten?“ (Fliegende Blätter.)

Kriegsware. „Wir reisen — bitte sofort ein Paar Schutzlilien für meine Frau!“ — „Nur, Ruhe, meine Herrschaften! Bei der Schußlilien eine solche Pressantmacherei, hörn, reich's schon von selbst.“ (Jugend.)

Galgengummi. „Ei, sieh da, alter Freund, ich habe Dich ja eine ganze Ewigkeit nimmer gesehen; wo ist denn Dein Bauh hingelommen?“ — „Frontverkürzung!“

Die feine Nahe. „Mensch, du hast dir ein anderes Zimmer gemietet.“ — „Woher weißt du das?“ — „Weil du heute eine andere Matratze rauchst als sonst!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.